

54. Sitzung

am Dienstag, dem 2. Juni 1992, 15.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	3492, 3522	Beschluß	3522
Nachruf auf Abg. Leschanowsky	3492	Antrag der Abg. Narnhammer, Radermacher, u. a. SPD betr. Rechtsanspruch auf Kindergar- tenplätze (Drs. 12/2412)	
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion der SPD zum Thema:		Beschlußempfehlungen des Sozialpolitischen, des Kulturpolitischen, des Verfassungs- und des Haushaltsausschusses (Drs. 12/4573, 12/ 5887, 12/6166, 12/6581)	
Die Auswirkungen der Bonner Haushaltspoli- tik auf die soziale Lage der Bürgerinnen und Bürger Bayerns		Irlinger (SPD)	3508
Müller Karl Heinz (SPD)	3492	Frau Hohlmeier (CSU)	3509
Kobler (CSU)	3493	Frau Hiersemenzel (FDP)	3510
Frau Kellner (DIE GRÜNEN)	3494	Beschluß	3510
Dr. Zech (FDP)	3495	Antrag des Abg. Starzmann u. a. SPD betr. Ökologischer Landbau (Drs. 12/2422)	
Staatsminister Dr. Glück	3495	und	
Maget (SPD)	3497	Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Fleischer, Daxenberger, Paulig u. Frakt. DIE GRÜNEN betr. Sicherung der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der ökologischen Anbau- verbände und der darin organisierten Be- triebe in Bayern (Drs. 12/5607)	
Engelhard Rudolf (CSU)	3498	Beschlußempfehlungen des Landwirtschafts-, des Landesentwicklungs-, des Wirtschafts-, des Kulturpolitischen und des Haushaltsaus- schusses (Drs. 12/4517, 12/5830; 12/5107, 12/ 6219; 12/5526; 12/6199; 12/6577)	
von Heckel (SPD)	3499	Schieder (SPD), Berichterstatter	3511
Winter (CSU)	3500	Daxenberger (DIE GRÜNEN), Berichterstatter	3511
Kaiser Gebhard (CSU)	3501	Schieder (SPD)	3511, 3512
Frau Haas (SPD)	3502	Dr. Bittl (CSU)	3512, 3514
Gabsteiger (CSU)	3503	Frau Bock (FDP)	3513
Grossmann (CSU)	3503	Starzmann (SPD)	3513, 3514, 3518, 3520
Gesetzentwurf der Abg. Hiersemann, Dr. Al- bert Schmid u. a. u. Frakt. SPD betr. Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drs. 12/6480)		Daxenberger (DIE GRÜNEN)	3515, 3517, 3520
und		Rosenbauer Georg (CSU)	3516, 3517, 3518, 3520
Gesetzentwurf der Abg. Glück Alois, Diethel, Ihle u. a. u. Frakt. CSU betr. Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drs. 12/6629)		Knauer Walter (SPD)	3517
– Erste Lesung –		Staatsminister Maurer	3519, 3520
Wirth (SPD)	3505	Beschluß	3521
Diethel (CSU)	3505		
Großer (FDP)	3506		
Kling (CSU)	3507		
Frau Rieger (DIE GRÜNEN)	3507		
Beschluß	3507		
Anträge , die nicht einzeln beraten werden (Anlage)			

Neuwahl des **Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs**

Beschluß	3522
Schluß der Sitzung	3522

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 07 Minuten

Präsident Dr. Vorndran: Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Ich eröffne die 54. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks, bayerische Lokalsender sowie Pressefotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Ihre Zustimmung vorausgesetzt, wurde die Genehmigung erteilt.

(Die Anwesenden erheben sich)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Mit Trauer und Betroffenheit haben wir von unserem Kollegen Heinz **Leschanowsky** Abschied nehmen müssen. Im Alter von 59 Jahren wurde er am 22. Mai von den schweren Folgen eines Schlaganfalls erlöst, der ihn unvermutet getroffen hatte. Er wurde mitten aus seiner politischen Tätigkeit gerissen, die ihn nach Jahren der kommunalpolitischen Bewährung im Stadtrat von Nürnberg 1974 in den Bayerischen Landtag führte.

In den 18 Jahren seiner Zugehörigkeit zu diesem Hohen Hause setzte er sich vor allem im Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik sowie für Eingaben und Beschwerden und zuletzt im Ausschuß für Geschäftsordnung und Wahlprüfung für die vielfältigen sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger Bayerns und für das Ansehen des Parlaments ein. Dabei konnte er aus einer reichen Erfahrung schöpfen. Die geistige und politische Basis seines Wirkens war die Katholische Arbeiterbewegung. Auf diesem soliden Fundament konnte er in seiner beruflichen Praxis als Facharbeiter und Betriebsrat und später als Abgeordneter erfolgreich aufbauen.

Heinz Leschanowsky gehörte nicht zu denen, die sich in den Vordergrund drängten. Im stillen bewirkte er in zäher Kleinarbeit vieles für seine Heimat Nürnberg. Er hatte stets ein offenes Ohr für die Sorgen der einfachen Menschen, die wie er den Alltag und die Probleme der Arbeitswelt kannten. Seine Wählerinnen und Wähler im Stimmkreis Nürnberg-West dankten ihm seinen Einsatz dadurch, daß sie ihm wiederholt ihr Vertrauen aussprachen. Auch im Parlament erwarb sich Heinz Leschanowsky durch sein bescheidenes und gewinnendes Wesen die Achtung der Kolleginnen und Kollegen.

Der Bayerische Landtag wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 6. Mai 1992 eine Aktuelle Stunde beantragt zum Thema:

Die Auswirkungen der Bonner Haushaltspolitik auf die soziale Lage der Bürgerinnen und Bürger Bayerns

Die Dauer der Redezeit ist wie immer auf eine Stunde begrenzt. Die einzelnen Redner dürfen nicht länger als fünf Minuten sprechen. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung in dieser seiner Eigenschaft das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ich bitte Sie wie immer auf mein Signal zu achten.

Der erste Redner ist Herr Abgeordneter Karl Heinz Müller.

Müller Karl Heinz (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abstand zwischen arm und reich ist in den zehn Jahren christlich-liberaler Regierungsbeteiligung in Bonn immer größer geworden, und er droht erneut zu wachsen. Der Anteil der Löhne und Gehälter am gesamten Volkseinkommen sank von 1982 bis 1989 um elf Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der Einkommen der Unternehmer und Freiberufler am Volkseinkommen um den gleichen Wert, also um elf Prozent. Die Sozialleistungsquote ist von 1982 bis 1991 von 32 auf 29 Prozent gesunken. Sie ist damit auf dem niedrigsten Stand seit 1973.

Immer mehr Menschen spüren in unserer Gesellschaft, wie stark diese Einschnitte in das soziale Netz sind, und sie wissen kaum, wie sie diese Einschnitte verkraften sollen. Nun drohen neue Einschränkungen. Erneut wird versucht, diejenigen, die unsere Hilfe, die Hilfe der Solidargemeinschaft nämlich, am dringendsten benötigen, schwer zu treffen: die Kranken, die Alten, die Behinderten, die Familien mit Kindern. Obwohl die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung bereits heute Milliardenbeträge an sogenannter Selbstbeteiligung über die eigenen Beitragsleistungen hinaus erbringen, soll erneut bei ihnen abkassiert werden.

Dabei, meine Damen und Herren, wissen immer weniger Familien mit Kindern oder Alleinerziehende, wie sie mit ihrem Einkommen auskommen sollen. Die Abgaben, die gestiegenen Preise, aber vor allem die nach wie vor ungebremst steigenden Mieten und Nebenkosten fressen einen immer größeren Anteil am Einkommen auf. Wenn ein Facharbeiter mit zwei Kindern und einem Bruttolohn von 3000 DM im Monat nach Abzug der Steuern, Sozialabgaben und der hohen Mieten noch knapp 1000 DM in der Tasche hat, was für ihn und seine Familie zum Leben übrigbleibt, dann liegt er bereits unter der Sozialhilfegrenze.

Dies sind die Folgen einer verfehlten Politik in Bonn, die z.B. unter Verantwortung der CSU jahrelang einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt feststellte, obwohl ganz deutlich das Gegenteil erkennbar war,

(Müller Karl Heinz [SPD])

und die in völlig falscher Einschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt dem sozialen Wohnungsbau einen Schlag nach dem anderen versetzte, bis diese wichtige und über lange Jahre und Jahrzehnte bewährte Säule unseres Sozialstaates völlig zusammenbrach.

Nun, meine Damen und Herren, bereiten Sie aus völliger Hilf- und Ratlosigkeit einen neuen Anschlag auf die bereits schwierige Lage der Einkommensschwachen vor. Sie versuchen erneut, soziale Kosten auf die Menschen zu verlagern, die wie gesagt Hilfe am dringendsten bräuchten. Sie versuchen erneut, an den Symptomen herumzukurieren, statt das Übel an der Wurzel zu packen, z. B. die falschen Strukturen in unserem Gesundheitswesen anzugehen, die völlig zerrissene Kassenstruktur in Ordnung zu bringen, Überkapazitäten abzubauen und vor allen Dingen übertriebene Einkommenserwartungen von Anbietern von Gesundheitsleistungen zurückzuschrauben.

Meine Damen und Herren! Wir können Sie nur dringend davor warnen, diesen Weg weiterzugehen und damit Gefahr zu laufen, einem ganz wichtigen Gut, einem kostbaren Gut in unserem Land, nämlich dem sozialen Frieden, erneut Schaden zuzufügen.

(Beifall bei der SPD und des Abg.
Dr. Fleischer)

Sie dürfen sich nicht wundern, wenn angesichts dieser Politik immer mehr Menschen Zweifel daran hegen, ob die eigentlichen Probleme in unserem Land mit den bisherigen Instrumentarien und den bisherigen Methoden noch gelöst werden können, und sich anderen, radikaleren Kräften zuwenden, die scheinbar die besseren und plausibleren Lösungen haben.

Meine Damen und Herren! Es gibt ohne Zweifel einen großen Handlungsbedarf gerade und vor allem im Gesundheitswesen. Aber so, meine Damen und Herren, wie Sie die Probleme lösen wollen, führt der Weg mit Sicherheit in die Sackgasse.

(Beifall bei der SPD und des Abg.
Dr. Fleischer)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner, Herr Abgeordneter Kobler!

Kobler (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Müller, Sie haben hier dargestellt, daß der soziale Frieden Schaden erleide. Leider haben Sie über die Entwicklung in den vergangenen zwei, drei Jahren, über Asyl, die Wiedervereinigung und die dadurch entstehenden Lasten und Kosten, kein Wort verloren. Ich bedauere, daß Sie damit so wenig Solidarität mit den Mitbürgern in den neuen Bundesländern zeigen.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD)

Es ist dazu eine teilweise Verlagerung nötig, und es ist damit auch ein Ende der Kostenmehrung vorprogrammiert.

(Frau Abg. Jungfer: Das ist ja unerträglich! –
Abg. Hiersemann: Hatten wir die Probleme nicht auch schon vor dem Fall der Mauer?)

Herr Kollege Müller, es konnte die Belastung mit Sozialabgaben erfreulicherweise, im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt und zum Einkommen, zurückgeführt werden, und dadurch stehen den Arbeitnehmern mehr Mittel zur Verfügung. Es ist in der Tat so, wie Sie darstellen, nämlich daß 1983 die Sozialbelastung noch 32,2 Prozent betrug, während sie im letzten Jahr auf 29,5 Prozent zurückgeführt wurde.

(Zuruf der Frau Abg. Jungfer)

Rechnen Sie nach, was damit der einzelne Sozialversicherte einspart; es sind im Jahr durchschnittlich 800 bis 1000 DM, die er weniger Beiträge zahlt. Ich meine, da ist es sehr wohl möglich, im einen oder anderen Fall eine Eigenbeteiligung von ein paar Prozent zu verlangen.

(Abg. Dr. Rothemund: Ich habe den Eindruck, Sie vertreten die Arbeitgeber!)

– Ich habe den Eindruck, Sie haben die sozialliberale Koalition in der Vergangenheit ganz vergessen, unter der ganz andere, wirkliche Schäden angerichtet worden sind, die uns zwei Millionen Arbeitslose hinterlassen hat und unter der eine Million Kurzarbeiter zu verzeichnen waren.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Hiersemann:
Können Sie noch etwas zum Sterben der Schildkröten sagen?)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD! Ich finde es unfair und unseriös, heute hier herzugehen und so tun, als gingen Sie die Wiedervereinigung und die damit zusammenhängenden Kosten nichts an. Es ist doch unsere Aufgabe, solidarisch zu sein und das soziale Gefälle abzubauen, damit der soziale Friede im wiedervereinigten Deutschland erhalten bleibt.

(Abg. Hiersemann: Herr Kobler, wir sollen Sie doch ernst nehmen! Hören Sie also damit auf!)

Ich frage Sie von der SPD: Was haben Sie getan, welche Alternativen zur Wiedervereinigung haben Sie denn überhaupt gehabt? Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre es möglicherweise ohnehin anders gelaufen. Hören Sie doch auf, Herr Kollege Hiersemann, die Menschen aus den neuen gegen die Menschen aus den alten Bundesländern gegeneinander mit Neidparolen und ähnlichem auszuspielen!

(Zuruf von der SPD: Wovon reden Sie eigentlich?)

– Wir reden hier von allen Mitbürgern des wiedervereinigten Deutschlands.

(Abg. Hiersemann: Das Massensterben der Schildkröten fehlt noch!)

Es geht darum, den Arbeitsmarkt zu sanieren, die Wirtschaft zu stärken und das Einkommen zu erhöhen.

(Kobler [CSU])

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben in der Vergangenheit Nulllösungen gebracht und Minuswachstumsraten bewirkt. Davon wollen Sie heute natürlich nichts mehr wissen. Ich gehe auch darauf gar nicht weiter ein.

Herr Kollege Müller, 1990 haben die Arbeitnehmer nach Abzug des Preisanstiegs real immer noch rund elf Prozent mehr Einkommen zur Verfügung gehabt als im Jahr 1985; es hatten die Arbeitnehmer eindeutig einen Zugewinn zu verzeichnen. Sie haben dagegen in Ihrer Regierungszeit immer wieder versucht, den Leuten Minuswachstum irgendwie schmackhaft zu machen.

Es gibt eine ganze Palette von zusätzlichen Leistungen trotz der sicher nicht erfreulichen Verschuldung. Wir konnten uns die Wiedervereinigung und die Sanierung nicht aussuchen. Wir müssen die Dinge möglichst schnell regeln. Aber wir können nicht alle Wünsche auf einmal erfüllen.

Die Entwicklung der Gesundheitskosten bringt sicher Probleme. Hier muß nach der ersten Stufe die zweite Stufe folgen, die Strukturreform bei Krankenhäusern, bei den Leistungserbringern insgesamt, Fehlbelegungen und anderes müssen angepackt werden. Darüber sind wir uns doch vollkommen einig.

Herr Kollege Müller, Sie haben versucht, heute einen großen Popanz aufzubauen.

(Abg. Hiersemann: Das waren schon Sie!)

Es ist Ihnen nicht gelungen. Unser Sozialstaat muß weiterhin auch dadurch gesichert werden, daß eine Reihe von Leistungen fortentwickelt werden. Wir brauchen uns als CSU dabei nicht zu verstecken. Wir können im Gegenteil stolz darauf sein, daß wir unser Sozialsystem nach der Wende vor dem Zusammenbruch bewahrt, stabilisiert und sogar zahlreiche Leistungen zusätzlich eingeführt haben, deren Bestand auch künftig gewährleistet ist. Es gibt z.B. keine leere Rentenkasse. Das ist die Botschaft an die Leute, die draußen zuhören, die Antwort auf Ihre Anfrage.

(Abg. Hiersemann: Gauweiler hat gesagt, die Bundesregierung ist am Ende!)

Präsident Dr. Vorndran: Nächste Rednerin, Frau Abgeordnete Kellner!

Frau Kellner (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die Bonner Haushaltspolitik unter Federführung von Finanzminister Waigel ist an den Herausforderungen, die an sie gestellt werden, eindeutig gescheitert. Einerseits ist eine Konsolidierung der Bundesfinanzen unwahrscheinlicher als ein Haupttreffer im Lotto geworden, andererseits werden immer mehr Menschen in existentielle Not gedrängt. Die Opposition könnte diesen Abschwung der Regierung Kohl mit einer gewissen Schadenfreude verfolgen, wenn darunter nicht gerade die Menschen zu

leiden hätten, die der besonderen Fürsorge des Staates bedürfen. Ich nenne einige Beispiele:

Die Preissteigerung in Bayern betrug in diesem Monat fünf Prozent gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr, aber die Renten – Herr Kobler, hören Sie zu – wurden nur um 2,7 Prozent angehoben. Dies wird erneut viele Menschen in die Sozialhilfe zwingen, ihnen den wohlverdienten Lebensabend verbittern. Daß die Pflegeversicherung nicht zustande kommt, stürzt viele Bedürftige in Not und erhöht die Sozialhilfeausgaben der Kommunen. Die Neuregelung des Familienlastenausgleichs unter Beibehaltung des Kinderfreibetrags bevorzugt eindeutig die Besserverdiener.

An sozialer Härte nicht zu überbieten sind die geplanten Änderungen im Gesundheitswesen. Wiederum soll gerade den Armen und Kranken eine Sonderleistung abverlangt werden, während die Großverdiener im Gesundheitswesen quasi ungeschoren davorkommen. Wer, Herr Kobler, glauben Sie, bezahlt denn die Kongreßreisen, die die Pharmaindustrie den Ärzten so großzügig anbietet? Fest steht, daß Vermögende und Bestverdiener, um nur an den Eiertanz um die Zinsversteuerung zu erinnern, entlastet werden. Das ist „soziale Leistung“, wie die CSU sie versteht, während die, die ohnehin schon nichts haben, erneut belastet werden. Haarsträubend dabei ist, daß Finanzminister Waigel nicht einmal in Ansätzen um eine gerechte Lastenverteilung bemüht ist, obwohl sogar schon die FDP – man höre und staune – über einen Lastenausgleich nachdenkt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Offensichtlich ist Minister Waigel der Meinung, daß die „Leistung“, Erbe zu sein oder reich zu heiraten, mehr belohnt gehört als etwa Arme und Behinderte zu pflegen.

Eine weitere Untat des Bundesfinanzministers ist, den Bundeshaushalt auf Kosten der Länder und Kommunen zu entlasten – Stichwort Deutsche Einheit. Weniger Finanzzuweisungen an die Länder aber bedeutet, daß diese den Druck an die Kommunen weitergeben und diese wieder an die Bürgerinnen und Bürger. Gespart wird auch nicht bei Prestigeobjekten wie Staatskanzlei oder Landesvertretung in Berlin, sondern bei den sogenannten freiwilligen Leistungen, die so freiwillig gar nicht sind, weil sie gemäß dem Subsidiaritätsprinzip gegeben werden müssen.

(Zuruf des Abg. Erwin Huber)

– I kimm scho dazu, i kenn mein Haushalt besser als Sie!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit komme ich zu dem Punkt, es werden nämlich vor allem die Zuschüsse im Sozialbereich, die ohnehin noch nie ausgereicht haben, zusammengestrichen, z.B. die Mittel bei der Ausländerarbeit gekürzt. Schauen Sie sich doch die Petitionen an, die im Bereich Frauen, Kinder, Jugend und Selbsthilfegruppen vorliegen, dann wissen Sie, wovon wir reden, die Wohlfahrtsverbände und Initiativen können ein Klage-

(Frau Kellner [DIE GRÜNEN])

lied davon singen. Es ist doch so, daß nicht die Bundesregierung die Situation im Griff hat, sondern es sind die Schulden, die die Bundesrepublik fest im Würgegriff haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Regierung hat ein finanzpolitisches Desaster ohnegleichen angerichtet, das mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger ins soziale Abseits drängt, und deshalb sollte sie auch die Konsequenzen aus ihrer erwiesenen Unfähigkeit ziehen. Fragen Sie, wen Sie wollen, dieser Finanzminister Waigel ist unfähig, seinen Posten auszufüllen. Wäre er in einem Betrieb angestellt, wäre er schon längst fristlos entlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber so ist es ihm weiterhin gestattet, Unheil über die Menschen in diesem Land zu bringen. Das ist die Situation, der Sie sich stellen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner, Herr Dr. Zech!

Dr. Zech (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutigen Themen verdienen es, mit etwas mehr Ernst und Sorgfalt behandelt zu werden.

(Abg. Hiersemann: Als der Kobler das gemacht hat!)

Wer hier Emotionen schürt, sollte belegen, um welche Beträge es geht.

Es ist sicherlich richtig, daß die Bundesrepublik insgesamt sich in einer nicht einfachen finanzpolitischen Situation befindet. Aber ich denke, diese Situation kann gemeistert werden. Die Sozialleistungen der Bundesrepublik können sich weiter sehen lassen.

Es fällt schon schwer zu quantifizieren, was Sie, Herr Kollege Müller, beklagt haben. Sie haben auch nicht quantifiziert, Sie sind nur in ein allgemeines Lamento eingetreten.

An dieser Stelle sollte man einmal klarmachen, von welchen Grundsätzen her man Politik betreibt. Da muß man sich erst einmal darum Sorgen machen, wie man das Geld herbeischafft. Dieses Geld kann ja von den Politikern nicht einfach verteilt werden, sondern es muß von den Bürgern erst einmal verdient werden. Dazu ist es notwendig, Leistungsanreize zu bieten. Dann erst kann im nächsten Schritt ein sozialer Ausgleich mit dem so eingenommenen Geld geschaffen werden.

In dieser Situation ist es deshalb auch vernünftig, wenn die öffentlichen Hände knapp gehalten werden; denn dann sind sie gezwungen zu sparen. Wie viele wünschbare und gute Projekte gibt es schließlich! Aber in dieser Situation heißt es nun einmal, auch im Interesse der deutschen Einigung, auf manches, was vielleicht wünschenswert wäre, zu verzichten. Immerhin ist die Situation drüben bislang sehr viel mehr unzureichend. So sollte unsere Hauptsorge sein: Wie führen wir die Menschen im anderen Teil Deutschlands auf unser Niveau, anstatt zu beklagen, ob der

Fortschritt in jedem Detail der Lebenshaltung nun auch immer weiter himmelwärts geht.

Ich hatte ursprünglich geglaubt, daß diese Aktuelle Stunde dazu dienen sollte zu überlegen, wie die weiteren Lasten in Bayern aufzufangen seien. Da wäre das wesentliche konkrete Problem natürlich: Wie sieht es in Zukunft aus mit dem Länderfinanzausgleich? Wenn da nach den bisherigen Regeln vorgegangen werden sollte, dann hätten wir in der Tat in Bayern darunter zu ächzen. Vielleicht sagt uns der Herr Staatssekretär im Finanzministerium, wenn schon der Finanzminister bei diesem ernstesten Thema nicht da ist, wie man darüber im bayerischen Finanzministerium denkt. Ich könnte mir eine Lösung vorstellen, nämlich daß die Mehrwertsteuererhöhung, die zunächst in den Fonds Deutsche Einheit geht, weiterhin in den Länderfinanzausgleich fließt. Dann wäre eine Situation gegeben, bei der wir dieses wesentliche bayerische Problem schon besser lösen könnten.

Meine Damen und Herren, unsere Politik wird niemals sein, Emotionen zu schüren. Wir werden immer versuchen, zusammenzuaddieren und zusammenzurechnen, wie es hinkommt. Wir werden dafür eintreten, daß weder der Bund noch der Freistaat Bayern zu viele Schulden macht, daß wir uns nach der Decke strecken. Es wäre das Unsozialste, was wir tun könnten, unseren Kindern und unseren Enkeln die Schulden zu hinterlassen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Vorndran: Es hat das Wort der Herr Staatsminister für Arbeit, Familie und Sozialordnung, Herr Dr. Glück.

Staatsminister Dr. Glück: Herr Präsident, Hohes Haus! Allzu durchsichtig ist das Manöver der Opposition mit Ausnahme der FDP, einen Gegensatz konstruieren zu wollen zwischen der Haushaltspolitik im Bund und den Interessen der Bevölkerung in den Ländern. Der Versuch zeigt, daß die SPD bis heute den Grundsatz mißachtet, daß gesamtwirtschaftliches Leistungsvermögen und finanzielle Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherung in Übereinstimmung stehen müssen.

Das Projekt Deutsche Einheit kann nur auf der Grundlage einer starken Wirtschaft, geordneter Staatsfinanzen und einer leistungsfähigen sozialen Sicherung erfolgreich vollendet werden. Wir brauchen heute zur Überwindung der sozialistischen Hinterlassenschaft gewaltige staatliche Transferleistungen in Höhe von zur Zeit rund 180 Milliarden DM; wir brauchen gefüllte Rentenkassen, aus denen jährlich über 14 Milliarden DM für die Bürger nach Osten umgeschichtet werden können, und wir brauchen eine massive arbeitsmarktpolitische Flankierung, die eine zügige Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Ländern für die betroffenen Menschen akzeptabel und damit politisch möglich macht.

In dieser Situation unternimmt die SPD in Bayern den

(Staatsminister Dr. Glück)

Versuch, die Bürger in den alten Ländern auszuspielen gegen die Bürger in den neuen Ländern.

(Beifall bei der CSU)

Denn wie anders kann es interpretiert werden, daß eine angesichts der gewaltigen Aufgaben schwierige und verantwortungsbewußte Bonner Haushaltspolitik zum Anlaß genommen wird, auf eine angebliche Verschlechterung der sozialen Lage der Bürger Bayerns hinzuweisen.

Ich kann Ihnen eines versichern: Es ist ein Glücksfall der Geschichte, daß die Wiedervereinigung 1990 und nicht während Ihrer Regierungszeit bis 1982 stattfand.

(Beifall bei der CSU)

Denn damals wuchs die Wirtschaft nicht mehr, sie schrumpfte um ein Prozent. Dem Bundeshaushalt drohte 1983 ein Defizit, das sich nach Schätzungen auf 55 Milliarden DM belaufen hätte. Und damals gab es Finanzlöcher in Milliardenhöhe bei der Rentenversicherung, die unter der Last der Deutschen Einheit wohl endgültig eingeknickt wäre.

Obwohl Sie das wahrscheinlich nur ungern hören wollen, erinnere ich Sie auch an die damalige Bonner Haushaltspolitik, an die Begleitgesetze zum Bundeshaushalt 1982:

- an das Zweite Haushaltsstrukturgesetz
- an das Kindergeldkürzungsgesetz
- an das sog. Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz
- an das Kostendämpfungsergänzungsgesetz

Es ergab damals ein Einsparpotential z.B. für 1983 von über 17 Milliarden DM.

Ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf, meine Damen und Herren von der Opposition mit Ausnahme der FDP, die Konsolidierung war notwendig. Aber ich lasse nicht zu, daß Sie die damalige Situation heute verschweigen oder schon längst vergessen haben.

Ein Wort zu den Ausgaben für die Gesundheitspolitik und zu den Maßnahmen, die notwendig geworden sind:

Herr Kollege Karl Heinz Müller, bitte schauen Sie zunächst einmal das ganze Paket an, Sie können es noch nicht studiert haben. Wenn Sie es studiert hätten, dann könnten Sie nicht behaupten, daß es sich hier nicht um Strukturelemente in wesentlichem Umfang handelt. Insgesamt werden elf Milliarden eingespart, drei Milliarden bei den Versicherten, acht Milliarden bei den Leistungserbringern. Bitte schauen Sie sich das an, dann diskutieren wir wieder. Sie vergessen, wenn Sie jetzt von Einsparungen bei den Versicherten reden, daß auch und gerade für sie Beitragsstabilität von Vorteil ist, nicht immer höhere Beitragsätze in die gesetzliche Krankenversicherung zahlen zu müssen. Das erscheint in Ihrer Rechnung überhaupt nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Sozialpolitik seit 1982 kann sich sehen lassen. Wir haben gespart, konsolidiert und neue zielgerichtete Leistungen eingeführt. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurde nie mehr für die soziale Sicherheit aufgewandt als heute: Nach dem letzten Sozialbericht waren es 710 Milliarden DM im Jahr 1990, das sind über ein Drittel oder 182 Milliarden DM mehr als 1982; auf jeden Bürger entfallen damit 11400 DM.

Die soziale Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland ist unbestreitbar eine der besten der Welt. Viele Sozialpolitiker, vor allem auch Sozialminister aus Ost- und Südosteuropa, holen sich bei uns Rat und Hilfe beim Aufbau ihrer Staaten.

Wir haben uns 1982 zum Ziel gesetzt, die Familien mit Kindern erheblich besserzustellen, als dies damals die SPD/FDP-Koalition zuwege gebracht hat. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen:

Neben der erheblichen Anhebung der Kinderfreibeträge von 432 DM auf 4100 DM möchte ich nur verweisen auf die stufenweise Ausdehnung des Erziehungsgeldanspruchs auf nunmehr eineinhalb Jahre, auf die Erhöhung des Kindergeldes, auf die Anrechnung der Kindererziehungszeiten im Rentenrecht und auf die erhöhten Aufwendungen für die Bundesstiftung Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens. Insgesamt belaufen sich die familienpolitischen Verbesserungen des Bundes seit 1982 auf jährlich über 30 Milliarden DM. Ist das nichts, meine Damen und Herren?

Das sind für jeden einzelnen meßbare Größenordnungen. Aufbauend etwa auf dem Bundeserziehungsgeld gewähren wir aus Landesmitteln unser Landeserziehungsgeld, so daß jungen Eltern heute zwei Jahre lang eine staatliche finanzielle Unterstützung gewährleistet ist.

Ganz konkrete Auswirkungen auf die ältere Generation auch in Bayern hat die Verlässlichkeit der Rentenpolitik. Durch den mit dem Rentenreformgesetz 1992 auf eine neue Grundlage gestellten Bundeszuschuß ist die Funktion der gesetzlichen Rentenversicherung als Lebensstandardsicherung in West und Ost dauerhaft gewährleistet.

Ohne die Belastungen aus der deutschen Einheit lägen die Beitragssätze zur Sozialversicherung nach den Berechnungen heute um rund drei Prozentpunkte niedriger. Trotz der angekündigten Sparmaßnahmen werden wir darauf achten, daß die Arbeitsmarktpolitik auch in den nächsten Jahren ihren schwierigen Anforderungen gerecht werden kann. Zu diesen Anforderungen gehören vor allem

- in den neuen Ländern die intensive Flankierung der Umstrukturierung und des Aufbaus der Wirtschaft
- hier wie dort der Abbau und die Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit
- die Verbesserung und Anpassung der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmer an den technologischen und strukturellen Wandel, der vor allem Ge-

(Staatsminister Dr. Glück)

ringqualifizierte vor Beschäftigungsprobleme stellen wird

Diese Anforderungen kann die Arbeitsmarktpolitik mit immer mehr finanziellen Mitteln allein nicht bewältigen. Kritik an den Eckwertbeschlüssen zum Bundeshaushalt und an der Absicht, Defizite bei der Bundesanstalt für Arbeit zu vermeiden, ist deshalb fehl am Platz. Meiner Auffassung nach muß das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium so umstrukturiert und weiterentwickelt werden, daß die notwendigen Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung und Qualifizierung noch stärker individuell angepaßt und zielorientiert eingesetzt werden können. Dazu bedarf es auch einer Stärkung der Entscheidungskompetenz der Landesarbeitsämter wie auch der einzelnen Arbeitsämter bei Zuweisung von regions- und zielgruppengerechten einsetzbaren Mitteln.

Hinzukommen muß selbstverständlich noch stärkere Verzahnung der Arbeitsmarktpolitik mit der Wirtschaftspolitik. Dafür habe ich mich auch bei der letzten Sozialministerkonferenz mit Zustimmung aller Länderkollegen eingesetzt.

Selbstverständlich verschließen wir nicht die Augen vor den anstehenden Belastungen und Herausforderungen. Die Belastungen im Osten wirken sich auch bei uns aus. So mußten die Länder im alten Bundesgebiet – Bayern wegen seiner guten Arbeitsmarktlage sogar überproportional – Kürzungen im ABM-Bereich hinnehmen.

Dennoch gibt es in der Sozialpolitik nirgendwo einen Stillstand. Allerdings verlangen die enger werdenden Verteilungsspielräume, daß wir verstärkt Prioritäten setzen. Auch müssen wir uns darauf einstellen, daß die Zuwachsraten geringer ausfallen werden als bisher – ich spreche nicht von Abbau, ich spreche von Zuwachsraten.

Wir sind stets bereit zu einem sachlichen Dialog über die anstehenden sozialpolitischen Probleme. Wer ein sozialpolitisches Gewissen hat, kann aber nicht nur als Fordernder auftreten. Wer neue Leistungen oder Ausweitung von Leistungen will, muß sagen, woher er die Mittel nimmt. Die Staatsregierung steht zu dieser Verantwortung, auch wenn sie vordergründig unbequem ist. Denn wir wollen, daß sozialpolitische Leistungen nicht mit dem Verlust von Arbeitsplätzen erkauft werden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner, Herr Abgeordneter Maget!

Maget (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Um die Stimmung im Lande richtig fassen zu können, muß man, so denke ich, auf den Ausgangspunkt der finanziellen Krise der öffentlichen Hand, die wir heute vorfinden, zurückkehren.

Damals, noch im November 1990, hat der Finanzminister Gerold Tandler in diesem Haus erklärt: „Die deutsche Einheit ist problemlos zu finanzieren“, und Bundeskanzler Kohl hat Werbung gemacht mit dem

Schlagwort „Statt Steuererhöhungen lieber CDU/CSU wählen“. Sie haben ein gigantisches Lügengebäude, ein dreistes Lügengebäude, aufgebaut, das längst wie ein Kartenhaus zusammengefallen ist.

(Beifall bei der SPD – Abg. Josef Niedermayer: Die Probleme hat doch niemand vorhersehen können!)

Weil Sie es an Wahrheit haben fehlen lassen, ist aus der Finanzkrise längst eine politische Krise geworden. Sie haben bis zum heutigen Tag weder ein Konzept zum wirtschaftlichen Aufbau des Ostens,

(Abg. Josef Niedermayer: Aber Sie wohl!)

geschweige denn zur Sanierung der Staatsfinanzen.

In dieser Situation greifen Sie auf Ihr Lieblingsmittel zurück und raten den kleinen Leuten zu größerer Opferbereitschaft. Das haben Sie getan, als Sie sich in den Tarifkonflikt eingemischt haben, sehr zum Leidwesen der kommunalen Arbeitgeber, obwohl Sie wußten, daß schon 1991 das Realeinkommen der Angestellten und der Arbeiter gesunken war, und obwohl Sie wußten, daß die Mieten und die Gebühren gestiegen sind. Sie haben die Mineralölsteuer und die Versicherungssteuer erhöht, Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht, aber Sie haben gleichzeitig eine Senkung der Vermögensteuer angekündigt. Das ist das Markenzeichen Ihrer Politik. Entgegen anderslautenden Erklärungen haben Sie bis zum heutigen Tage auch bei der Pflegeversicherung nichts zustande gebracht. Über 550 000 Pflegebedürftige in unserem Land sind heute Sozialhilfeempfänger, und es werden täglich mehr. Aber Sie schauen zu und tun nichts und sagen, es sind leider die falschen Mehrheiten in Bonn.

(Abg. Kobler: Die Finanzierung der Asylanten kommt hinzu!)

Dafür nehmen Sie das Leid der Pflegebedürftigen in Kauf.

(Beifall bei der SPD – Abg. Kobler: Und was ist mit den Asylanten?)

– Mit den Asylanten hat das überhaupt nichts zu tun, Herr Kollege Kobler.

Der Vorwurf, den der Herr Arbeitsminister hier erhoben hat, Ost und West gegeneinander ausspielen zu wollen, ist infam, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Frau Abg. Anneliese Fischer: Das stimmt nicht!)

Wir wollen, daß die sozialen Lasten, die ohne Zweifel durch die deutsche Einheit bestehen und die wir vorausgesagt haben – wir haben die Menschen nicht belogen im Gegensatz zu Ihnen –, gerecht verteilt werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es am Beispiel der Sozialversicherung deutlich machen:

Im Jahr 1992 fließen allein aus bayerischen Sozialversicherungskassen acht Milliarden DM in den Lasten-

(Maget [SPD])

ausgleich, gezahlt von den gesetzlich versicherten Arbeitnehmern in Bayern; in der Bundesrepublik sind es insgesamt 50 Milliarden DM.

Ich frage Sie: Worin besteht der Solidaritätsbeitrag derjenigen, die an den 50 Milliarden DM Sozialversicherungsbeiträgen nicht beteiligt sind,

(Abg. Sinner: Fragen Sie Herrn Lafontaine!)

wenn der Solidaritätsbeitrag am 1. Juli 1992 wegfällt?

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Frage, die im Raum steht. Oder glauben Sie allen Ernstes, daß Einsparungen ausgerechnet bei der Arbeitsförderung und bei ABM der richtige Weg sind? Damit müssen wir in Zukunft verstärkt Arbeitslose finanzieren, statt die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern zu können, Umschulung und Qualifizierung der Menschen in Ostdeutschland, was das Gebot der Stunde wäre.

Mit dieser Politik zu Lasten der Menschen ebnen Sie dem Rechtsradikalismus in unserem Lande den Weg.

(Abg. Sinner: Das machen Sie selbst!)

– Sie ebnen allerdings möglicherweise auch der Sozialdemokratischen Partei den Weg in die Staatskanzlei. Letzteres wäre mir recht, ersteres wäre fatal. Es sollte Sie nachdenklich machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Rudolf Engelhard.

Engelhard Rudolf (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Maget!

(Abg. Sinner: Sag, was Sache ist!)

Wenn wir uns darüber unterhalten, wer den Rechtsradikalen den Weg bereitet, dann sollten Sie überlegen, warum auch so viele bedachte Menschen in unserem Land rechtsradikale Parteien wählen, nämlich aus Protest, daß die SPD in Bonn nicht bereit ist, das Grundgesetz zu ändern.

(Frau Abg. Jungfer: Ach, jetzt kommt diese Leier!)

Das ist das Problem.

(Beifall bei der CSU)

So leiden die beiden großen Parteien, die dies zusammen bewerkstelligen könnten, bei den Landtagswahlen an Wählerschwund.

(Abg. Dr. Fleischer: Das ist im Laptop drin! –
Abg. von Heckel: Das ist eine Aktuelle Stunde, keine Märchenstunde!)

Sie brauchen nicht zu glauben, daß Sie auf diese Art und Weise eine Chance haben, in die neue Staatskanzlei einzuziehen.

(Lachen bei der Opposition)

Was Herr Maget vorgetragen hat, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht ein Akt der Solidarität zwischen den alten und neuen Bundesländern; denn Sie sagen, Bayern hat 50 Milliarden DM Sozialabgaben gezahlt, und fragen, wer das bekommt. Das ist genau das, was Sie wollen, Herr Maget.

(Widerspruch bei der SPD)

Im Osten sagen Sie, es wird zuwenig gezahlt, im Westen sagen Sie, wir müssen für die neuen Bundesländer zahlen. Ihre damaligen Hinweise auf die Kosten der deutschen Einheit waren auch weniger von der Sorge um die Finanzierung geprägt, sondern Sie wollten die Bürger in diesem Lande gegen die deutsche Einheit aufbringen. Lesen Sie, was Herr Lafontaine in dieser Zeit, als es darum ging, die Bündnispartner im Westen und die UdSSR im Osten für die deutsche Einheit zu gewinnen, gesagt hat!

(Abg. Maget: Wir haben es wenigstens gesagt!)

– Lesen Sie es mal nach, dann werden Ihnen die Augen aufgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage mich: Was ist der deutliche Unterschied in der Sozialpolitik der SPD und der Union? Der deutliche Unterschied ist ganz einfach, daß wir uns vorher überlegen, wie Sozialleistungen bezahlt werden, bevor wir sie einführen.

(Frau Abg. Jungfer: Bevor Sie sie abbauen!)

Es wurden in keiner Legislaturperiode so häufig Sozialleistungen zurückgenommen wie am Ende der sozialliberalen Koalition. Sie haben die geschichtliche, die historische Ehre, daß ein einziges Mal, 1982, das Kindergeld gekürzt wurde.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie sind hergegangen und haben die Renten zwei Jahre lang überhaupt nicht erhöht; Sie haben die Rentner um die ihnen nach der Rentenformel zustehenden Erhöhungen betrogen. Sie haben nie gefragt, wie Sie die Sozialleistungen finanzieren, immer nur darauf gesehen, welche Einnahmen gebraucht werden. Dabei haben Sie die Staatsquote von 42 Prozent auf nahezu 50 Prozent getrieben, sich aber gewundert, daß dann 1982 über zwei Millionen Arbeitslose auf der Straße standen, daß wir Lehrstellenmangel hatten.

(Abg. Hiersemann: Wie viele waren es?)

– Über zwei Millionen 1983.

(Abg. Hiersemann: Erst als Sie regiert haben! Bleiben Sie doch bei der Wahrheit!)

– Jawohl, Herr Hiersemann. Dann haben wir angefangen, die Arbeitslosigkeit abzubauen.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben gespart und haben die Staatsverschuldung zurückgeführt.

(Engelhard Rudolf [CSU])

(Erneutes Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Ritzer: Oberschuldenmacher!)

– Sie wissen ja nicht, wovon Sie reden. Wir haben den Staatskorridor wieder auf 45 Prozent zurückgeführt. Die Wirtschaft ist wieder angesprungen, drei Millionen Menschen in diesem Lande haben Arbeitsplätze bekommen.

(Abg. Dr. Ritzer: Die größten Schuldenmacher aller Zeiten!)

Es gibt keinen Lehrstellenmangel mehr, die soziale Sicherheit bei unseren Arbeitnehmern hat zugenommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Abg. Hiersemann: Und deswegen sagt der Herr Gauweiler, ihr seid am Ende!)

Wir stehen voll hinter unserem Bundesfinanzminister Theo Waigel, der sagt, daß die enormen Ausgaben in den letzten zwei Jahren zur Finanzierung der Deutschen Einheit so nicht mehr weitergeführt werden können; daß wir jetzt die Staatsverschuldung wieder zurückführen müssen. Wir stehen voll dahinter, daß die Staatsverschuldung bis 1995 wieder auf ein vernünftiges Maß gebracht wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz Sparsamkeit ist es uns gelungen, das Sozialbudget in der Bundesrepublik Deutschland von 8302 DM je Bürger 1980 auf 11 400 DM anzuheben. Ich glaube, diese Leistung kann sich sehen lassen. Letztlich geht es heute jedem Bürger in diesem Land besser als zu Ihrer Regierungszeit.

(Zurufe von der SPD: Einigen schon!
Einigen schon!)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner, Herr Abgeordneter von Heckel!

(Abg. Hiersemann: Max, das würde ich jetzt auch gern machen!)

von Heckel Max (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das könnte Ihnen so passen, Herr Kollege Engelhard und Herr Staatsminister Glück, hier von Aufwiegeln zu reden. Früher haben Sie uns vorgeworfen, Klassenkampf zu betreiben, wenn wir auf die Realitäten in diesem Lande hingewiesen haben. Heute sagen Sie, wir wiegeln die Leute in den alten gegen die Menschen in den neuen Bundesländern auf. Etwas Dümmeres habe ich schon lange nicht mehr gehört.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Wir sind nicht gegen die Deutsche Einheit.

(Abg. Christ: Gewesen! – Abg. Gebhard Kaiser: Gewesen doch!)

Wir sind auch nicht dagegen, die Kosten dieser Einheit zu tragen. Wogegen wir sind, das ist die Unfähig-

keit einer Bundesregierung, die die Probleme erkennt, verniedlicht, bagatellisiert und dann, wenn doch die bittere Wahrheit ans Licht kommt, bei den sozial Schwachen kürzt. Dagegen sind wir.

(Starker Beifall bei der SPD)

Wir sind gegen eine Regierung, die sich nicht anders zu helfen weiß, als den Sozialstaat zu beschädigen, das soziale Netz zu ruinieren und damit den inneren Frieden zu untergraben. Dagegen sind wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch, Unruhe und Zurufe von der CSU – Zuruf des Abg. Kobler)

Gerade Ihre Parteifreunde tragen in dieser unseligen Kohl-Regierung ja Verantwortung an ganz entscheidender Stelle,

(Fortgesetzte Zurufe von der CSU – Abg. Erwin Huber: Ihr seid ja gescheiter!)

dieser seltsame Parteivorsitzende, der zum Beispiel jetzt für den Bau des Jägers 90 kämpft, aber als Finanzminister sagt, er kann ihn nicht bezahlen;

(Starker Beifall bei der SPD)

dieser seltsame Finanzminister – zugleich Ihr Parteivorsitzender –, der landauf, landab den Unternehmern weitere Steuererleichterungen verspricht, aber den kleinen Leuten sagt, jetzt muß eisern gespart werden. Dagegen sind wir, meine Damen und Herren!

(Starker Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Wallner)

Und dieser Senkrechtstarter Seehofer, auf den können Sie wirklich stolz sein.

(Zurufe)

Ich fürchte nur, daß er genauso schnell abstürzen wird wie weiland Ihre Starfighter.

(Zuruf des Abg. Georg Rosenbauer)

– Ich will über die anderen gar nicht reden.

(Fortgesetzte Zurufe)

– Nein, über die anderen will ich gar nicht reden.

Aber, meine Damen und Herren, daß dies nicht nur unsere Auffassung ist, dafür habe ich einen Zeugen, den Sie nicht so leicht als „linken Klassenkämpfer“ abtun können, nämlich den wirtschaftspolitischen Sprecher der FDP im Deutschen Bundestag, den Grafen Lambsdorff, der vor wenigen Tagen erklärt hat, daß die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bisher – wörtlich – „übergewichtig zur Finanzierung der Einheit herangezogen worden sind“, und wenn er nun von den Spitzenverdienern einen Beitrag fordere, wolle er die Spaltung Deutschlands in Neidgesellschaften verhindern. Ist das auch ein Klassenkämpfer? Will der die alten gegen die neuen Bundesländer aufwiegeln?

(Zuruf des Abg. Kobler)

– Ach, der Lambsdorff sicher nicht. Der Lambsdorff sicher nicht. Aber das wird sich finden. Den behaltet

(von Heckel Max [SPD])

mal ihr in eurer Koalition, und wir werden dann in der nächsten Legislaturperiode weitersehen.

Meine Damen und Herren! Wer die Umverteilung von über 100 Milliarden DM pro Jahr von unten nach oben durch Steuergeschenke für die Begünstigten belohnt und die Arbeitnehmer bei jeder Gelegenheit finanziell schröpft, handelt unverantwortlich, und darauf weisen wir bei jeder Gelegenheit hin.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Abg. Erwin Huber: Darum verliert ihr eure Wahlen immer!)

Wer für die Reichen das Dienstmädchenprivileg neu einführt und den Arbeitnehmern ihren Weihnachtsgelddarlehensbetrag wegnimmt, der handelt unverantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Und wer den Kranken –

(Fortgesetzte Zurufe bei der CSU)

– und wer den Kranken, den Alten, den Behinderten markweise und jetzt zehnmärkweise das Geld aus der Tasche zieht, aber gleichzeitig die Vermögenssteuer abschaffen will und dann zu einem Viertel abschafft, der handelt unverantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Und wer jetzt in dieser Situation die Senkung des Spitzensteuersatzes verspricht und gleichzeitig den schwer vermittelbaren Arbeitslosen die Mittel für die notwendigen Qualifikationsmaßnahmen streicht – fünf Milliarden, so Herr Waigel –, der handelt unverantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ich erinnere mich noch recht gut an die sogenannte erste Gesundheitsreform. Da haben Versicherungen sogenannte Ausfallversicherungen angeboten für Leistungen, die abgebaut worden sind, damit die Versicherten genauso gestellt waren wie vorher. Es hat von 50 DM aufwärts gekostet, je nach Lebensalter. Nach den neuen Plänen wird es wahrscheinlich 150 DM kosten. Da zahlen nicht Arbeitgeber und Arbeitnehmer so wie bei der Sozialversicherung je zur Hälfte, sondern das trifft ausschließlich die Arbeitnehmer. Diejenigen, die begünstigt sind, das sind die Arbeitgeber, die ihren Arbeitgeberanteil sparen. Das, meine Damen und Herren, ist das Gegenteil von sozialer Gerechtigkeit. Darauf weisen wir hin, bis Sie endlich mit dieser unsozialen Politik aufhören.

(Starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner, Herr Abgeordneter Winter!

(Zuruf von der SPD – Das letzte Aufgebot! – Frau Abg. Jungfer: Das scheint mir eine ausgesprochene Schwachstelle in der CSU zu sein!)

Winter (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Die Frage nach den Auswirkungen der Bundeshaushaltspolitik ist sicherlich von allgemeinem Interesse. Bekannt ist uns bis jetzt, daß die Zuwachsrate auf 2,5 Prozent begrenzt werden soll, daß auch die Obergrenze für die Nettokreditaufnahme begrenzt werden soll und daß neue Leistungsgesetze nur noch im Rahmen von Umschichtungen finanziert werden sollen.

Darüber hinaus sind in der Diskussion die Bundesanstalt für Arbeit und die heute von den Medien im ersten Entwurf vorgestellten Vorschläge zur Gesundheitsreform. Dabei muß uns klar sein, daß wir über Inhalte diskutieren, die in der Kompetenz des Bundes liegen. Unsere Geschäftsordnung geht für eine Aktuelle Stunde davon aus, daß das Thema von allgemeinem Interesse ist und daß es die Kompetenz des Landes betrifft. Ich sage das vorsorglich, damit Medien und Öffentlichkeit in den nächsten Tagen nicht überrascht sind, daß wir heute eine Diskussion geführt haben, ohne Entscheidungen treffen und Beschlüsse fassen zu können, und daß es eben bei der Debatte bleiben muß.

(Abg. Dr. Rothmund: Das ist doch das Wesen der Aktuellen Stunde!)

– Natürlich. Natürlich ist es schön, daß wir heute Bundespolitik hier diskutieren können. Ich möchte dem nicht ausweichen.

Nun zum Inhaltlichen:

Vorhin hat Frau Kollegin Kellner eingewandt, daß die Schulden die Bundesregierung im Griff hätten. Es ist in diesem Zusammenhang sehr wohl erlaubt, die Schulden zu erwähnen, meine Damen und Herren, und darauf hinzuweisen, daß die Schulden von 1982 noch da sind, die nach dem Regierungswechsel nicht abgebaut werden konnten, und daß wir die Schulden der DDR übernommen haben. Das zu sagen ist schon nicht mehr opportun; das sollte man nach Möglichkeit weglassen, weil man das nicht mehr hören mag.

Der Kollege Maget hat gesagt, daß wir die Probleme nicht in voller Wahrheit ansprechen. Dazu kann ich nur sagen: Die SPD spricht in vielen Zungen. Da hören wir einmal, was sie in den neuen Ländern sagt, dann, was sie in den alten Ländern sagt, was sie in Bonn bei der Diskussion um die Erhöhung der Mehrwertsteuer sagt und was sie jetzt fordert. Das geht sehr weit auseinander.

In der Einschätzung der Situation der DDR, Herr Kollege Maget, haben wir uns wohl alle getäuscht, was die Umweltschäden betrifft, was die Finanzlage betrifft, was den Zustand der Menschen betrifft, insgesamt auch in der Einschätzung, wann das Thema DDR auf uns zukommen wird. Davon wurden wir wohl alle überrascht, insofern sollten wir im Urteil ein bißchen gerechter sein.

Nachdem wir aber gefragt sind und es um Bayerns Bürger geht, lassen Sie mich einige Zahlen nennen, was wir getan haben. Ich will nur zwei Vergleiche ziehen:

Der Haushalt 1990 hatte eine Steigerungsrate von 5,3 Prozent, das Bruttoinlandsprodukt wuchs um 9,1

(Winter [CSU])

Prozent, lag also erheblich höher. Im Haushalt 1988 betrug die Steigerungsrate sage und schreibe nur 2,8 Prozent bei einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 6,2 Prozent, allerdings bei einem Tarifabschluß damals von 2,4 Prozent. Das zur Situation in Bayern.

Meine Damen und Herren! Wir sind gern bereit, noch mehr zu tun. Hierzu brauchen wir von der Opposition die FDP, die noch vertreten ist, und die SPD. Ich nenne als Stichwort die Einführung der Pflegeversicherung, ein ganz entscheidender Punkt, wenn wir die Sozialhilfe von Ausgaben entlasten wollen, die dort nicht hingehören, und als weiteren Punkt, daß wir es endlich schaffen, wenn wohl auch nicht alle, aber doch einen großen Teil der Wirtschaftsflüchtlinge schneller von politisch Verfolgten zu trennen. Ich meine, das wäre notwendig.

Wenn Sie sagen, daß die Entwicklung in die Richtung gehe, daß die Armen immer ärmer werden, und von München auf Bayern übertragen, was wohl nicht möglich ist, Herr Kollege Maget, dann nenne ich Ihnen auch dazu einen Vergleich. Bei der Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt ist die Steigerung 3,3 Prozent, bei den Pflegekosten 8,8 Prozent. Die Pflegeaufwendungen steigen also um mehr als das Doppelte. Aktuell sind es 5,8 Prozent für die Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt, 10,8 Prozent für die Pflege in Einrichtungen, bei der alle mitwirken.

Die Mindestsätze der Sozialhilfe, die jährlich zum 1. Juli steigen, ergeben für die letzten vier Jahre, niedrige mit eingerechnet, jeweils fünf Prozent, während das Sozialhilfenvolumen um 4,5 Prozent gestiegen ist. Die Entlastung wäre mit 465 Millionen DM riesig, wenn wir einen Pflegeversicherungsanteil von 1500 DM hätten. Bei 2000 DM hätten wir sogar eine Entlastung von 580 Millionen DM.

Zu Ausländerfeindlichkeit und Asyl sei nur gesagt: Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr viel für die Aussiedler Europas im Gemeinsamen Markt getan. Deshalb sind Vorwürfe unangebracht. Aber eines muß man auch sagen: Wenn wir weiter den wirklich politisch Verfolgten, auch Kriegsflüchtlingen aus Kroatien, helfen wollen, dann müssen wir schnell zu einer Änderung kommen.

Es heißt immer: Politik ist die Kunst des Möglichen. Deshalb, meine Damen und Herren von der Opposition, die Frage: Was würden Sie tun? Ihr Programm der Steuererhöhung wäre keine Hilfe zur Verbesserung der sozialen Lage der Bürger in Bayern. Danke.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner, Herr Abgeordneter Kaiser!

Kaiser Gebhard (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD hat heute wieder den Versuch unternommen, die Bürger zu verunsichern. Sie tut so, als gehe es der breiten Masse unserer Bürgerinnen und Bürger schlecht. Sie haben

haben davon gesprochen, daß der Weihnachtsfreibetrag gekürzt werde; aber Sie haben unterschlagen, daß im Rahmen dieses Steuerpakets gerade die Freibeträge für die Familien und das Kindergeld wesentlich angehoben wurden.

Ich möchte einen wichtigen Punkt ansprechen, der auch im Zusammenhang mit dem Steuerpaket verwirklicht worden ist, den Bereich Wohnungsbau, bei dem wir uns insgesamt sicherlich sehen lassen können.

(Lachen bei der SPD)

Noch nie wurde so viel für den sozialen Wohnungsbau ausgegeben wie im Jahre 1992.

(Abg. Maget: Kaputtgemacht haben Sie den sozialen Wohnungsbau! Das kritisieren Sie doch selber!)

Es sind vom Bund 3,7 Milliarden DM – Herr Maget, das müssen Sie hinnehmen. Wir haben in den letzten drei Jahren gerade für den Mietwohnungsbau durch Steuererleichterungen viel getan, die Rahmenbedingungen für Investitionen im Wohnungsbau verbessert. Es ist ja entscheidend, daß Bauen sich auch noch lohnt, daß nicht alles vom Staat errichtet werden muß,

(Abg. Maget: Der soziale Wohnungsbau ist kaputtgemacht worden!)

sondern daß wie bisher 80 Prozent der Wohnungen durch privates Kapital errichtet werden.

(Beifall bei der CSU und des Abg. Freiherr von Gumpenberg)

Dazu haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen.

(Abg. Maget: Den sozialen Wohnungsbau haben Sie kaputtgemacht!)

Wir haben die Förderung von Eigentumsmaßnahmen wesentlich verbessert. Bei uns hat Eigentum Vorfahrt.

(Abg. Maget: Und den sozialen Wohnungsbau kaputtgemacht!)

Wir haben für den Wohnungsbau auch wesentliche Erleichterungen im Planungsrecht geschaffen. Ich wäre froh, wenn die Städte München und Nürnberg diese schnell umsetzen würden, damit tatsächlich auch Wohnungen gebaut werden. Aber damit haben sie es nicht so.

Ich darf auch die wesentlichen Verbesserungen beim Schuldzinsenabzug nennen. Der Steuerfreibetrag bei Eigenheimen

(Abg. Maget: Und die Wohnungsgemeinnützigkeit!)

– ich rede vom Steueränderungsgesetz 1992, Herr Maget wurde von 16500 auf 19800 DM angehoben. Die flexible Inanspruchnahme der steuerlichen Förderung, Vor- und Rücktrag beim Baukindergeld und die Ausdehnung auch auf Aus- und Umbau sind wesentliche Verbesserungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies hätte noch wesentlich schneller erreicht werden kön-

(Kaiser Gebhard [CSU])

nen, wenn nicht fünf Monate lang der Widerstand der Länder ein schnelles Umsetzen verhindert hätte. Wenn Sie nicht noch einen vernünftigen Ministerpräsidenten hätten, nämlich Herrn Stolpe, hätte man es gar nicht in Kraft setzen können. Manches hat eben nicht so schnell in Bewegung gesetzt werden können, weil SPD-regierte Länder es fünf Monate lang verhindert haben. Auch dies muß man hier einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Wir haben auch von Bayern her im Wohnungsbau mehr getan als je zuvor. Im ersten Förderweg für die unteren Einkommensschichten bis 54 000 DM bei Familien mit zwei Kindern haben wir 450 Millionen DM bereitgestellt, im zweiten Förderweg 280 Millionen DM für Familien mit Einkünften bis zu 87 000 DM. Im dritten Förderweg und im Sonderprogramm für Balnräume sind für Einkünfte bis zu 87 000 DM auch je 280 Millionen DM bereitgestellt worden. Damit haben wir Wesentliches vorgebracht. Dies zeigt sich bereits bei Baugenehmigungen und Baufertigstellungen. Wir werden die Wohnungssituation sicherlich gerade mit diesem Steueränderungsgesetz weiter voranbringen.

Ich meine, daß diese Offensive notwendig und richtig war. Wir müssen in die Investitionen gehen, und wir müssen gemeinsam die schlimmen Lasten des Sozialismus bewältigen. Die Menschen in unserem Land wollen, daß wir diese Aufgaben politisch gemeinsam lösen, daß wir nicht nur reden, sondern handeln. Wir sind mehr fürs Handeln und nicht für soviel Reden.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Dr. Vorndran: Nächste Rednerin Frau Abgeordnete Haas. Bitte!

Frau Haas (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihnen, Herr Kollege Kaiser. In welcher Welt leben Sie denn?

(Abg. Gebhard Kaiser: In Bayern!)

Diese Frage gilt genauso für den Herrn Staatsminister wie für Herrn Kobler und für Herrn Engelhard. In welcher Welt leben Sie denn? In welcher Welt haben Sie das letzte Mal Arbeitnehmer wirklich kennengelernt?

(Abg. Gebhard Kaiser: Besser als Sie! Ich bin selber Arbeiter!)

In einer Welt, wo Rentner mit Kleinrenten zu finden sind?

(Beifall bei der SPD)

Was nützt denn der Vergleich, daß die Arbeitnehmer-einkommen seit 1982 um elf Prozent gestiegen sind, die Einkommen der Unternehmer sind es ebenfalls. Was nützt das dem einzelnen, für den das Zehner! das ist, was für den Arbeitgeber die Mark ist? Da liegt doch die Spannung, da liegen die Differenzen. Das spüren die Leute doch, das reden sie sich nicht ein. Da müssen wir sie nicht verunsichern, das macht der Herr Waigel schon ganz allein.

(Beifall bei der SPD)

Gehen wir die einzelnen Punkte einmal durch! Was nützt es einem Polizeibeamten in München – ein Beispiel, das Sie vielleicht besonders bewegt – daß sein Einkommen um elf Prozent gestiegen ist, wenn seine Miete in der Zwischenzeit bedauerlicherweise um 30 Prozent angehoben wurde bzw. seine Wohnung aus der Sozialbindung herausgefallen ist?

(Abg. Freiherr von Gumpenberg: Dieses Beispiel! – Zuruf des Abg. Gebhard Kaiser)

Was nützt das diesem Menschen? Unter dem Strich hat er weniger als vorher. Das spürt dieser Mensch, und das sagt er auch ganz offen. Das wirft er uns vor, und zwar mit Recht.

Und nun zum letzten Clou vom gestrigen Tage, zum **Gesundheitswesen** in dieser Republik! Herr Staatsminister, wir haben auf der gleichen Veranstaltung vom Bundesgesundheitsministerium signalisiert und versprochen bekommen, daß jetzt endlich die Anbieterseite dran sei, daß die Versicherten nun schon über Jahre Vorleistungen erbracht hätten. Wenn ich mir aber das Ergebnis ansehe, das gestern vorgestellt wurde – ich gebe zu, wir können es im Detail nicht kennen, wir müssen uns auf die Medienberichterstattung verlassen –, und mir so die einzelnen Punkte betrachte, dann ist doch ein großer Unterschied zwischen dem Versprechen, jetzt einmal die Anbieterseite in Anspruch zu nehmen und die Versicherten nicht zur Kasse zu bitten, und dem Ergebnis. Nehmen wir die Zahlen einmal, die Sie genannt haben, elf Milliarden auf der einen Seite und acht Milliarden auf der anderen Seite, aber mit allen Einschränkungen, denn wir wissen aus der Vergangenheit, welche Möglichkeiten es gibt zu kompensieren. Allein aus dieser Gegenüberstellung wird doch überdeutlich: Es ist nicht so, daß die Arbeitnehmerseite entlastet würde, vielmehr wird sie wiederum vermehrt zur Kasse gebeten. Dies geschieht noch dazu sehr kurz-sichtig, ein Denken über den Tag hinaus scheint ja vollkommen zu fehlen.

Was soll es denn bringen, daß Patientinnen und Patienten deshalb nicht zum Arzt gehen, weil sie eine Zuzahlungspflicht erwartet? Dies führt doch nur dazu, daß eine zunächst geringfügige Erkrankung zu einer schwerwiegenden wird und die Versicherungsgemeinschaft sehr viel mehr belastet wird. Wozu soll es denn gut sein, daß ein Mensch mit kleinem Einkommen – ich nenne extra nicht die Sozialhilfeempfänger – zum Zahnersatz 60 Prozent selbst beisteuern muß, der dann darauf verzichtet aus der Überlegung, daß es ihm zu teuer wird, wenn dann Folgeerkrankungen, die daraus entstehen, die Versicherungsgemeinschaft doppelt treffen? Das kann doch keinen Sinn geben, das ist doch nicht durchdacht! Darauf müssen wir hier deutlich hinweisen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu dem Einwand, wir beschäftigen uns hier mit Dingen, die den Landtag nicht betreffen. Herr Kollege Winter, Ihnen ist genauso bekannt wie uns, daß alle strukturellen Maßnahmen in Haushaltsgesetzen des Bundes, gleich welcher Art, sich auch auf die Länder-

(Frau Haas [SPD])

haushalte bis hin zu den Kommunalhaushalten auswirken. Deswegen sind wir verpflichtet, uns damit zu befassen, es betrifft auch uns als Landtag. Unsere Diskussion geht so überhaupt nicht an der Sache vorbei. Sie ist Ihnen allenfalls deswegen peinlich, weil dabei wieder einmal die Janusköpfigkeit der CSU sichtbar wird, die sich darin äußert, daß die Diskussion, die wir im Landtag führen und in der wir uns auf unsere Kompetenzen beziehen, von Ihnen im Sinne der Sozialverträglichkeit geführt wird, während Ihr Parteivorsitzender als Bundesfinanzminister in Bonn bei seinen Entscheidungen Sozialunverträglichkeit so deutlich hervorkehrt, wie es niemals in der Vergangenheit geschehen ist. Das ist Ihnen unangenehm, das wollen Sie nicht hören. Deswegen möchten Sie die Diskussion an dieser Stelle nicht führen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Vorndran: Nächster Redner ist der Abgeordnete Gabsteiger.

Gabsteiger (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Frau Kollegin Haas meint, wir hätten alle den Stallgeruch des Arbeitnehmers schon etwas abgelegt, dann kann ich ihr versichern, daß ich selbst aus dieser „Branche“ komme und den Kontakt mit Arbeitern noch lange nicht verloren habe. In meiner Ausbildung wurde mir immer gesagt, daß man nur dann eine gute Sozialpolitik betreiben kann, wenn es auch eine gute Wirtschaftspolitik gibt.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich mir die Zeit von 1982 vergegenwärtige, als es sehr viele arbeitslose Jugendliche gab und wir die Unternehmer damals gebeten haben, doch mehr auszubilden, als sie für ihren Betrieb benötigten, so haben die Unternehmer mitgemacht und sich sehr solidarisch gezeigt. Ich selbst habe damals einen Verein mitbegründet für schwer vermittelbare arbeitslose Jugendliche. Heute können wir mit Freude feststellen, daß wir in unserem Landkreis Fürth keinen schwer vermittelbaren arbeitslosen Jugendlichen mehr finden, das Arbeitsamt kann uns keinen mehr zuweisen. Das war doch auch eine großartige Sozialpolitik in der Vergangenheit. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, daß die Wirtschaft floriert, damit wir in gleicher Weise eine gute Sozialpolitik machen können.

Heute morgen stand in der Zeitung, daß der Vorschlag des neuen Bundesgesundheitsministers Seehofer, im Grunde das ganze Paket, das erarbeitet worden ist, eine Vollbremsung sei, weil wir sonst mit hoher Geschwindigkeit auf eine Mauer zugefahren wären. Dies scheint auch ein Synonym für die heutige Debatte zu sein. Wir können uns vieles nicht mehr leisten, was wir uns in wirtschaftlich guten Zeiten haben leisten können. Die Zeitung hat weiter geschrieben, es gebe zu diesem Sparkonzept keine Alternative. Ich füge hinzu, es gibt keine überzeugende Alternative. Sie von der SPD können zwar den Sozialneid etwas schüren, aber überzeugende Lösungen können Sie im Grunde nicht anbieten. In einer guten

Zeit haben wir uns vieles leisten können, weil die Wirtschaft florierte. Jetzt spüren wir, daß wir in einigen Bereichen kürzen müssen. Als Sozialpolitiker hätte ich selbst gern, daß auf Kürzung von Sozialleistungen, die jetzt abgebaut werden müssen, verzichtet werden könnte, ich würde viel lieber noch draufsatteln. Wir müssen aber realistisch bleiben und realistisch feststellen, es geht eben nicht mehr.

Neulich hatte ich eine Diskussion in einer Schule, die mehr Lehrer haben wollte. Auf meine Frage, wie man denn dies finanzieren wolle, kam die lapidare Antwort: Sparen S' halt bei den Sozialleistungen, kürzen Sie einfach da! So einfach geht das, wenn man versucht, die Lasten gleichmäßig zu verteilen.

Es wird in Zukunft schmerzhaft werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber wir müssen teilen, und wir müssen dabei aufpassen, daß die Schmerzen auch gleichmäßig verteilt werden, daß nicht mancher aus der ganzen Kürzung schmerzfrei hervorgeht. Wir können nur hoffen, daß die Wirtschaft weiterhin so floriert, damit wir uns all das leisten können, was unbedingt nötig ist. Sollte unsere wirtschaftliche Prosperität eines Tages zurückgehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir über manche Kürzungen gar nicht mehr reden, sie werden dann einfach ohne Diskussion vollzogen werden. Das wäre für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger bestimmt nicht besser. Wenn wir heute sinnvolle Einschnitte vornehmen, können wir uns vielleicht morgen den großen Schnitt ersparen. Wir von der CSU sind dazu bereit. Wir bitten auch die Opposition, auf dem Boden der Tatsachen zu bleiben.

(Beifall bei der CSU – Abg. Kobler: Jawohl, sehr gut!)

Erster Vizepräsident Möslain: Nächste Wortmeldung der Herr Abgeordnete Großmann. Sie haben das Wort, Herr Kollege!

Großmann (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Müller, Sie haben Ihre Ausführungen mit dem berühmten Satz begonnen: Die Armut ist bei uns größer geworden. Darüber haben wir schon im Sozialpolitischen Ausschuß eingehend diskutiert, aber herausgekommen ist gar nichts. Man hatte bei Ihnen dabei immer das Gefühl, die deutschen Bürger liefen im Büßergewand herum und müßten Tag für Tag ihr Geld erbetteln. In dem Bericht, den wir diskutiert haben, ich habe es noch gut in Erinnerung, hat nichts dem entsprochen, was Sie gefolgert haben.

Ich möchte etwas zu den Schwächsten in unserem Staat und in unserer Gesellschaft sagen, den Behinderten und unseren älteren Menschen, die noch arbeiten und die auch etwas für die Wirtschaft unseres Landes tun. Meine Damen und Herren, beim Bund gibt es einen Beauftragten für Fragen der Behinderten. Man sollte dies einmal sagen, damit es bekannt wird. MdB Otto Regenspurger aus Untersiemau bei Coburg ist für die Probleme der Behinderten zuständig. Er arbeitet seit Jahren sehr aktiv, ich bin

(Großmann [CSU])

oft mit ihm unterwegs gewesen, ich möchte ihm bei dieser Gelegenheit einmal danken.

Bund und Land haben für unsere Behinderten sehr viel getan, besonders der Freistaat Bayern. Wer selbst in dieser Arbeit steht, weiß, was geschehen ist. Das muß fortgeführt werden. Das verlange ich, und auch die CSU wird dafür sorgen, sowohl bei unseren Bundestagsabgeordneten in Bonn und bei Bundesfinanzminister Waigel als auch im Freistaat Bayern, daß Mittel eingesetzt werden, daß diesen Menschen weiterhin vernünftig geholfen werden kann. Dabei denke ich besonders an diejenigen behinderten und älteren Menschen, die auf uns zukommen, meine Damen und Herren.

Ich darf Ihnen einige Zahlen nennen und darf bei dieser Gelegenheit einmal den karitativen Verbänden danken, die sich für die behinderten und die alten Menschen sehr einsetzen, der Caritas, der Inneren Mission und auch der Arbeiterwohlfahrt. Ich muß hier auch die Privaten, die Bevölkerung, ansprechen, die sich wirklich Sorge macht. Wenn man in dieser Arbeit steckt, weiß man, was von unserem Volk getan wird, um den Behinderten zu helfen. Ich darf einige Zahlen nennen; man glaubt sie oft nicht.

Die Gesamtzahl der rehabilitationsbedürftigen Menschen in Bayern liegt derzeit bei rund 750 000. Von ihnen sind 430 000 körperbehindert, ca. 160 000 geistig behindert und rund 160 000 auch psychisch behindert. 890 000 Menschen sind anerkannte Schwerbehinderte. Zur Altersgliederung der Schwerbehinderten: 442 000 sind unter 65 Jahre alt, 456 000 65 Jahre und älter. Meine Damen und Herren, das sollte uns zu denken geben.

Noch einige Sätze zu dem, was der Freistaat Bayern und der Bund für die Behinderten leisten! Es gibt 137 Frühförderungsstellen für rund 11 000 Behinderte, 890 schulvorbereitende und schulische Einrichtungen, 60 Berufsvorbereitungslehrgänge. Ein Problem sind die anerkannten Werkstätten. Die WfB, die Werkstätten für Behinderte, die Ihnen bekannt sind, arbeiten gut; das muß man sagen. Ausgegeben wurden im Jahr 1991 vom Freistaat Bayern 950 Millionen DM, von den bayerischen Unfall- und Rentenversicherungsträgern 1 400 000 DM und von der Sozialhilfe in Bayern im Jahr 1990 2,1 Milliarden DM. Hier wird wirklich viel geleistet, und man kann nicht sagen, daß unsere sozialen Leistungen allgemein abgebaut werden.

Ich darf noch etwas zu den älteren Menschen sagen. Bayern hatte im Jahr 1990 eine Bevölkerungszahl von 11 400 000 Menschen, unter ihnen 1 723 198 über 65 Jahre und 800 000 Menschen über 75 Jahre. Ich glaube, das muß registriert werden; die Zahl wird weiter zunehmen. Wir werden also gehalten sein, in den Haushalten des Bundes und der Länder – ich meine hier besonders den Freistaat Bayern – noch mehr zu tun; ich habe es vorhin angedeutet.

Ich darf schließen mit der Bitte, daß sich das bayerische Parlament – es ist vorhin wieder etwas „ausge-

flippt“ – der Problematik wirklich annimmt. Wir müssen gemeinsam versuchen, hier etwas zu tun.

(Abg. Willi Müller: Die SPD ist „ausgeflippt“!)

Sie schüren immer wieder Klassenhaß. Das gefällt mir gar nicht; das sage ich Ihnen ganz ehrlich. Dafür hatten Sie vielleicht früher einmal Grund. Heute habe ich wieder die Frau Haas gehört – eine nette Frau, muß ich hier feststellen.

(Beifall)

Aber sie hat vorhin zu uns gesagt, wir würden keine Arbeitnehmer mehr anhören. Wir sind doch selber Arbeitnehmer, Frau Haas!

(Frau Abg. Haas: Aber welcher Kategorie denn, Herr Kollege?)

Wir sind doch dauernd mit den kleinen Leuten zusammen! Sagen Sie doch nicht, daß wir nichts für die kleinen Leute und für den Arbeiter in unserem Staat tun! Wir sind doch selber Arbeiter – Sie vielleicht nicht, aber ich bin einer; das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall bei der CSU – Frau Abg. Haas: Wenn das die Wähler nicht verdrießen soll!)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie sehr herzlich: Hören Sie auf mit Ihren klassenkämpferischen Reden, die sie laufend führen! Tun Sie das, was wir auch tun! Dann helfen Sie unserem Volke mehr als mit Ihrer saudummen Rederei! Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU – Frau Abg. Lödermann: Herr Präsident!)

Erster Vizepräsident Möslein: Letzteres war ein typisch Lichtenfelser Ausspruch.

(Heiterkeit)

Er ist gerade noch am Rande des parlamentarischen Vokabulars.

(Vereinzelt Oh!)

Ich darf Ihnen bekanntgeben, daß die Sitzung heute nach Übereinkunft der Fraktionen um 18.30 Uhr endet.

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe zur gemeinsamen Aussprache auf die Tagesordnungspunkte 2a und 2b: Erste Lesung zum

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hlirseemann, Dr. Albert Schmid und anderer und Fraktion SPD betr. Änderung der Bayerischen Bauordnung (Drucksache 12/6480)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Glück Alois, Diethei, Ihle und anderer und Fraktion CSU betr. Ände-

(Erster Vizepräsident Möslein)

rung der Bayerischen Bauordnung (Drucksache 12/6629)

Der Gesetzentwurf der SPD wird von Herrn Abgeordneten Wirth begründet. Ich erteile Ihnen, Herr Kollege, dazu das Wort.

Wirth (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es vereinfacht das Verfahren, wenn ich bei der Begründung unseres Gesetzentwurfs zunächst über den Gesetzentwurf der CSU rede.

Die Kolleginnen und Kollegen der CSU wollen mit ihrem Gesetzentwurf mehr Bürgernähe, und sie wollen ganz offensichtlich auch Verfahren beschleunigen. Beides werden sie nicht erreichen. Ihr Gesetzentwurf führt zu einem Tohuwabohu bei den Zuständigkeiten. Ihr Gesetzentwurf führt zu Konflikten mit manchen Gemeinderäten, weil Bürgernähe natürlich auch damit verbunden sein kann, daß man in seiner Entscheidung nicht mehr völlig frei ist.

Zumindest diejenigen unter uns, die dem Petitionsausschuß angehören, werden schon öfter mit dem Fall konfrontiert gewesen sein, daß ein Gemeinderat trotz gravierender rechtlicher Bedenken einer Baugenehmigung zugestimmt hat. Sie konnten das auch problemlos machen, weil sie ja wußten, daß ihre Entscheidung nicht relevant werden wird, weil das Landratsamt die Genehmigung entsprechend geltenden Rechtsgrundsätzen ablehnen werde.

Künftig wird der Gewissenskonflikt innerhalb der Gemeinde zu entscheiden sein. Man wird sich dieses Verhalten also nicht mehr leisten können. Das wird auch dazu führen, daß die eine oder andere Genehmigung erteilt wird, die man nach Rechtsgrundsätzen wohl nicht erteilen könnte. Wir halten das für bedenklich, im Einklang übrigens mit dem Landkreistag.

Wir sind auch der Auffassung, daß es verhältnismäßig wenig Sinn gibt, neue Verwaltungen bei den Gemeinden aufzubauen, wie es in einem bestimmten Umfang erforderlich sein wird, während auf der anderen Seite bereits Verwaltungen bei den Landratsämtern zur Behandlung dieser Dinge vorhanden sind.

Unser Gesetzentwurf ist die vernünftige Alternative zu Ihrem Gesetzentwurf. Er würde in der Tat zur Beschleunigung und Vereinfachung von Baugenehmigungsverfahren führen, und zwar schlicht und einfach deswegen, weil bei Bauvorhaben im Bereich eines Bebauungsplans beim Bau von Ein- oder Zweifamilienhäusern in problemlosen Fällen auf die Baugenehmigung überhaupt verzichtet werden könnte. Sie müßten beim Landratsamt nur angekündigt werden, und das Landratsamt kann dann prüfen, ob irgendwelche Bedenken gegen ein derartiges Bauvorhaben bestehen. Wenn die Prüfung ergibt, daß keine Bedenken bestehen, dann gilt das Bauvorhaben nach Ablauf eines Monats als genehmigt.

Mit diesem Verfahren beschleunigen Sie, weil Sie bei einfachen Bauvorhaben bereits nach einem Monat

die Genehmigung in den Händen des Bürgers haben. Sie entlasten aber gleichzeitig auch die Verwaltung, weil diese bei solchen Verfahren nicht gezwungen ist, Baugenehmigungsbescheide zu formulieren, und dadurch wird Verwaltungskapazität frei zur Bearbeitung schwieriger Fälle. Dieses Verfahren hat sich in anderen Bundesländern bewährt, und ich habe nicht die geringsten Zweifel, daß es sich in Bayern auch bewähren würde, wenn Sie unserem Verfahren zustimmen. Es ist jedenfalls die bessere Alternative.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Möslein: Der Gesetzentwurf der CSU-Fraktion wird von Herrn Kollegen Diethel begründet. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Diethel (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Wirth meint, daß bei einer Delegation des Baurechts auf die Gemeinden im Sinne unseres Antrags fehlerhafte Entscheidungen der Gemeinden zunehmen. Ich frage den Kollegen Wirth: Was trauen Sie den Gemeinden zu und frei gewählten Gemeinderäten, die auch etwas von der Sache verstehen,

(Abg. Karl Heinz Müller: Alles!)

wenn Sie ihnen rechtsfehlerhafte Entscheidungen unterstellen?

(Abg. Karl Heinz Müller: Wir trauen ihnen alles zu! – Abg. Dr. Rothemund: Dieselbe Meinung wie der Landkreistag!)

– Der Landkreistag ist kein Argument, Herr Kollege Rothemund. Sie wissen genau, daß es hier auch um andere Dinge geht, z.B. um das Gebührenaufkommen.

(Abg. Dr. Rothemund: Reden Sie mit Ihren Landräten!)

Wenn Sie schon kommunale Spitzenverbände nennen, nennen Sie bitte auch den Gemeindetag und den Städtetag, die unsere Vorschläge nachhaltig unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden über die Gesetzentwürfe noch in den Ausschüssen zu beraten haben. Ich darf in diesem Zusammenhang feststellen, daß wir bislang schon eine Reihe von Vorschlägen zum Baurecht eingebracht haben, die tatsächlich auch eine Beschleunigung gebracht haben. Ich erinnere daran, daß mit dem 1. Januar 1992 das bisher beschleunigte Baugenehmigungsverfahren Regelverfahren ist, und ich erinnere daran, Herr Kollege Rothemund, daß noch im Herbst dieses Jahres die Zuständigkeit für die Genehmigung der Flächennutzungspläne von den Regierungen auf die Landratsämter übergehen wird. Ich meine, das war eine gute Entscheidung. Darüber hinaus täten wir gut daran, den derzeit etwas stagnierenden Gedanken der Delegation wiederzubeleben.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben vor 12 Jahren gegen Ihre Haltung, Herr Kollege Rothemund, die Zuständigkeit für die Zustimmung zu Genehmigungen im Außenbereich nach

(Diethel [CSU])

§ 35 und in Gebieten nach § 34 des Bundesbaugesetzes von den Regierungen auf die Kreisverwaltungsbehörden übertragen. Damals ist von der SPD Klage geführt worden, Bayern werde damit zersiedelt. Ich behaupte, daß die Landräte, die diese Zuständigkeit bekommen haben, im Außenbereich und in Gebieten nach § 34 des Bundesbaugesetzes restriktiver vorgehen oder zumindest nicht weniger restriktiv, als die Regierungen es getan haben. Wir haben die Entscheidung nach unten verlagert und damit eine bürgernahe Entscheidung möglich gemacht.

Um was geht es bei dieser Delegation? Artikel 62 Absatz 2 der Bayerischen Bauordnung sieht jetzt schon vor, daß einzelne kreisangehörige Gemeinden die Zuständigkeit der unteren Bauaufsichtsbehörde übernehmen können. Darauf soll in Zukunft ein Rechtsanspruch bestehen. Ich meine auch, daß diese kleine Delegation richtig ist, die Übertragung der Zuständigkeit zur Genehmigung im Rahmen qualifizierter Bebauungspläne von der Kreisverwaltungsbehörde auf kreisangehörige Gemeinden. Wenn ein Bebauungsplan schon in allen Details vorschreibt, wie ein Haus auszusehen hat, dann trauen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Wirth, den Gemeinden wenig zu, wenn Sie sie nicht in die Lage versetzen wollen, mit Hilfe dieses genehmigten Bebauungsplanes Häuser mit bis zu drei Wohnungen zu genehmigen. Daß es im Verzahnungsbereich da und dort Schwierigkeiten gibt, gebe ich gerne zu.

(Abg. Hiersemann:
Ausnahmegenehmigungen macht dann die
Kreisverwaltungsbehörde!)

Ich meine, daß damit die Selbstverwaltung unserer Gemeinden erheblich gestärkt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Gemeinderäte sind nicht weniger verantwortungsvoll als die Beamten am Landratsamt.

(Beifall bei der CSU)

Man kann mit Fug und Recht eine solche Übertragung vornehmen. Zugegeben, Risiken sind immer dabei. Unser Gesetzentwurf bezweckt diese Übertragung. Ich bin der Meinung, daß die kommunale Selbstverwaltung davon profitieren wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auf den Zwischenruf des Herrn Kollegen Rothmund betreffend die Landratsämter eingehen. Zugegeben, es ist hier ein gewisser Kompetenzverlust des Landratsamtes gegeben. Der Gebührenausschlag hält sich in Grenzen, und der Kompetenzverlust wird weitgehend ausgeglichen durch die Übertragung der Zuständigkeit für die Genehmigung von Flächennutzungsplänen auf die Landratsämter, die für Herbst dieses Jahres vorgesehen ist. Ich glaube, daß unsere Landratsämter, wenn sie ihre Aufgaben ernst nehmen, damit auch voll ausgelastet sind. Sicher ist bei den Gemeinden zusätzliches Verwaltungspersonal erforderlich, das ist aber auch Ausdruck der Selbstverwaltung unserer Gemeinden. Darüber hinaus kann nicht oft ge-

nug darauf hingewiesen werden, daß keine Gemeinde gezwungen wird, die Aufgaben der Bauaufsichtsbehörde zu übernehmen. Nur die Gemeinden, die es für richtig und die sich auch für leistungsfähig genug halten, sollen auf Antrag die Zuständigkeit der Bauaufsichtsbehörde erhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden seit vielen Jahren über unerträgliche Verzögerungen im Baugenehmigungsverfahren. Der Bürger kann es einfach nicht mehr hinnehmen, daß die Genehmigung eines ganz normalen Einfamilienhauses sechs, sieben oder acht Wochen dauert, nur weil der Antrag im Stapel unter der Nummer 200 liegt. Deshalb sollten wir den Gemeinden diese Chance geben. Wir versuchen dies mit unserem Gesetzentwurf. Ich bin davon überzeugt.

Herr Kollege Wirth, daß Sie Ihren Gesetzentwurf in den Vordergrund stellen, ist Ihr gutes Recht. Wir waren zuletzt in Stuttgart und in Rheinland-Pfalz und haben das Anzeigeverfahren geprüft, das Sie propagieren. Dieses ist eine Katastrophe, weil der Nachbar erst erfährt, daß gebaut wird, wenn der Bagger anmarschiert kommt. Damit können Sie im Nachbarrecht chaotische Verhältnisse auslösen. Davor möchte ich heftig warnen. Herr Kollege Wirth, wenn Sie und Ihre Fraktion dies unseren Gemeinden und unseren Baubewerbern bescheren, wünsche ich Ihnen viel Glück. Ich glaube, Sie werden damit Schiffbruch erleiden.

Ich bitte Sie um eine solide Beratung des Gesetzentwurfes. Ich gebe gerne zu, daß er einen gewissen Systembruch darstellt. Wir können aber nicht jahrelang zuhören, wie lange Baugenehmigungsverfahren dauern, wenn wie nichts dagegen tun. Das ist unser Anliegen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslin: Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung der Abgeordnete Großer. Sie haben das Wort!

Großer (FDP): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion begrüßt die Ansätze beider Gesetzentwürfe zur gewünschten Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren im Rahmen genehmigter Bebauungspläne. In Einzelfällen könne es beim reinen Anzeigeverfahren sicher zu Schwierigkeiten. Insofern beurteile ich den SPD-Entwurf auch etwas kritischer. Darüber müssen wir bei der Beratung in den Ausschüssen im einzelnen reden.

Die Delegation von Aufgaben und die Übertragung von Verantwortung auf leistungsfähige Gemeinden, soweit diese mit dem entsprechenden Fachpersonal ausgestattet sind – und dies sieht der Gesetzentwurf der CSU-Fraktion vor –, sind ein Weg in die richtige Richtung. Ich war selbst jahrelang in einem Bauausschuß tätig und habe oft erlebt, daß die Gemeinde einem Bauantrag zugestimmt hat in der Hoffnung, daß er sicher vom Landratsamt abgelehnt wird. Künftig wird ein Gemeinderat in solchen Fällen verantwortungsbewußter verfahren müssen. Das ist vielleicht

(Großer [FDP])

auch heilsam für eine Tätigkeit in Gemeinderäten. Es wird dazu führen, daß man verantwortungsbewußter an die Sache herangeht, daß notfalls die Delegation zurückgegeben wird.

Ich meine, wir sollten den Weg der Vereinfachung, der überall gefordert wird, konsequent weitergehen. Wir sollten in den Ausschüssen versuchen, den Entwurf zu einem vernünftigen Ende zu führen, damit den Bürgern im Lande bei ihren Bauwünschen tatsächlich geholfen wird.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Wortmeldung der Abgeordnete Kling. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Kling (CSU): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit wenigen Sätzen auf den Gesetzentwurf eingehen, den die SPD-Fraktion eingereicht hat. Der Gesetzentwurf soll das Baugenehmigungsverfahren, wie es in unserem Gesetzentwurf enthalten ist, durch ein sogenanntes Bauanzeigeverfahren ersetzen.

In der Begründung wird geäußert, daß damit der Verwaltungsvollzug schneller und billiger werde. Dagegen machen wir erhebliche Bedenken geltend. Es bestehen massive Zweifel, ob dies so zu verwirklichen sein wird. In den Ausschüssen werden wir uns dazu ausführlich äußern.

Ich will nur darauf hinweisen, daß mit dem Gesetzentwurf der SPD nach unserer Überzeugung eine erhebliche Rechtsunsicherheit vor allem deshalb bewirkt würde, weil darin nichts zu Nachbarbeteiligung, Nachbarrechten und Nachbarwidersprüchen enthalten ist. Wer mit Baugesuchen zu tun hat, weiß, daß gerade Streitigkeiten mit den Nachbarn für die Entscheidung im Genehmigungsverfahren eine wichtige Rolle spielen.

Ein zweiter Punkt, der problematisch ist, sind die sogenannten Befreiungstatbestände. Sie sind nach unserer Ansicht in dem Gesetzentwurf der SPD nicht befriedigend geregelt; nach diesem sind die Befreiungstatbestände erst in einem relativ späten Stadium erkennbar.

Drittens hat der Kollege Wirth in seiner Begründung angegeben, daß das Modell von Baden-Württemberg in den Gesetzentwurf der SPD übernommen werden soll. In Baden-Württemberg ist eine Begrenzung auf nur fünf Jahre festgelegt.

(Abg. Diethel: Probelauf!)

Es gibt einen Probelauf, gegen den der Städtetag, der Landkreistag und der Gemeindetag ganz erhebliche Bedenken geäußert haben. Im Juli 1970 haben die kommunalen Spitzenverbände in Baden-Württemberg in einer Petition an den Landtag dargelegt, daß es mit dem Vollzug des Gesetzes erhebliche Probleme gebe. Darin ist – nach unserer Auffassung überzeugend – dargelegt, daß es für den Bauherrn, den Nachbarn und die Bauaufsichtsbehörden erhebliche Risiken gebe und daß daneben die zu erstellen-

den Bauvorlagen selbst keinerlei Entlastung brächten. Übrigens ist die Bauvorlagenberechtigung dort ganz anders als bei uns. Die Bauvorlagen können dort nur von qualifizierten Architekten eingereicht werden. Als ein ganz besonderer Mangel wird in Baden-Württemberg die Tatsache bezeichnet, daß den Nachbarn die Bauanzeige gar nicht erst zur Kenntnis gebracht werden muß. Auch die Zweiwochenfrist hat dort zu erheblichen Problemen und zu einer Rechtsunsicherheit in beträchtlichem Ausmaß geführt. Außerdem ist ungut, daß weder eine Prüfungspflicht noch Prüfungsumfang für Bauunterlagen definiert ist.

Dies ist für uns Anlaß, uns in den Ausschüssen sehr intensiv mit dem Gesetzentwurf auseinanderzusetzen, dessen Intention wir natürlich begrüßen, dessen Vollzug wir aber für nicht praktikabel halten.

(Beifall des Abg. Diethel)

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Rieger. Sie haben das Wort.

Frau Rieger (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir werden uns noch nicht im Detail zu den beiden Gesetzentwürfen äußern. Nur soviel:

Der Entwurf der SPD basiert in etwa auf dem Verfahren, das in Baden-Württemberg bereits angewandt wird und das sich nach unserer Auffassung auch bewährt hat. Allerdings fehlt im SPD-Entwurf, wer die Bauvorlage einreichen kann. Eine solche Bestimmung wäre zum Schutze des Bauherrn nötig. Das ist, glaube ich, eine grundsätzliche Frage, über die wir im Ausschuß diskutieren müssen. Ansonsten will ich noch nicht auf die Details eingehen. Wir haben in den Ausschüssen Zeit, darüber zu sprechen. Danke.

(Beifall des Abg. Dr. Magerl)

Erster Vizepräsident Möslein: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe zu überweisen dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen, dem Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr, dem Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes, dem Ausschuß für Staatshaushalt und Finanzfragen und dem Ausschuß für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen. – Damit besteht Einverständnis. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 4:

Anträge, die nicht einzeln beraten werden (Anlage)

Ich stelle die in der Anlage aufgelisteten Anträge insgesamt zur Abstimmung. Ausgenommen sind die Nummern 12 und 13, die auf Wunsch der Fraktion der SPD gesondert aufgerufen werden sollen.

Ich rufe auf:

Antrag der Abgeordneten Narnhammer, Radermacher und anderer SPD betreffend Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze (Drucksache 12/2412)

(Erster Vizepräsident Möslein)

Über die Beratungen im Ausschuß für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik (Drucksache 12/4573) sollte der Herr Abgeordnete Schultz berichten. – Es wird auf die Berichterstattung verzichtet. Ich eröffne die Aussprache. Gibt es Wortmeldungen? – Der Herr Abgeordnete Irlinger meldet sich zu Wort. Ich erteile es ihm.

Irlinger (SPD): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Der Antrag der SPD lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß allen drei- bis sechsjährigen Kindern im Freistaat Bayern ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gewährleistet werden kann.

Wir haben unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wiederholt gestellt, weil wir mit großer Sorge feststellen und die Empörung der Betroffenen darüber teilen, daß das Angebot an Kindergartenplätzen bei weitem nicht die Bedürfnisse von Familien und ihren Kindern deckt.

Unsere Forderung ist zum ersten durch die gesellschaftliche Entwicklung begründet. Ich brauche das nicht zu vertiefen. Wir haben erst vor kurzem sehr ausführlich darüber diskutiert. Aber man muß immer wieder darauf hinweisen. Die Lern- und Erfahrungsräume der Kinder sind arg eingeschränkt. Ich nenne nur stichwortartig: Wohnungen, für Kinder immer schlimmer werdende Verkehrsverhältnisse, der Trend zur Ein-Kind-Familie mit der gleichzeitigen Verarmung der Kinder an sozialen Erfahrungen. Außerdem wächst die Zahl der Alleinerziehenden und gleichzeitig die Not dieser Menschen. Dies sind ja meist Frauen, die oft in die Position von Sozialhilfempfängern gedrängt werden, weil sie mangels eines Kinderbetreuungsplatzes nicht berufstätig sein können. Außerdem hat sich das Rollenverständnis der Frau gewandelt. Immer mehr Frauen wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren, was natürlich heißt, daß sie einen Platz für ihr Kind brauchen. Zudem erfordert immer mehr die wirtschaftliche Lage der Familie die doppelte Erwerbstätigkeit. Es gibt also zwei Gründe für den von uns geforderten Rechtsanspruch: das Recht der Familie auf möglichst wenig eingeeengte Lebensgestaltung und das Recht des Kindes auf öffentliche und anregungsreiche Erziehungsangebote.

Zweitens unterstreichen die Zahlen unsere Forderung nach einem Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze. Zum einen steigt die Zahl der Kinder. Man hat errechnet, daß zwischen 1989 und 1996 wohl 60 000 mehr Kinder ins Kindergartenalter wachsen werden. In Bayern fehlen, so sagen die Wohlfahrtsverbände, 100 000 Kindergartenplätze. Ihre Zahlen sind geschönt; Sie sprechen von einer Deckungsquote von 82,5 Prozent bei Kindergartenplätzen. Ich brauche nur auf die doppelt belegten Plätze hinzuweisen, die sowohl für die Kinder als auch für die Erzieherinnen eine Belastung darstellen. Sie zählen in Ihrer Statistik nur die Drei- bis Fünfjährigen. Es fehlen die Sechs-

jährigen, die heute noch vermehrt im Kindergarten sind. Es fehlen Ganztagsplätze. Außerdem kennen wir nach wie vor die Situation, daß besonders in Siedlungsschwerpunkten die Eltern ihr Kind schon bei der Geburt für einen Kindergartenplatz anmelden müssen und Eltern selbst für ein viereinhalbjähriges Kind keinen Kindergartenplatz finden.

Drittens. Wir haben gemeint, mit unserer Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bei der CSU offene Türen einzurennen. Ich verweise auf die Jugendministerin Merkel, die wiederholt den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz betont und auch heute wieder öffentlich klargemacht hat. Sie hat auch, was ich unterstütze, darauf hingewiesen, daß es für ein Land wie die Bundesrepublik oder Bayern beschämend ist, so schlecht bei Kinderbetreuungsplätzen dazustehen.

Dann gibt es die Aktionen der CSU in Sachen Kinderfreundlichkeit, auch im Rahmen der Debatte über § 218. Aber diese Sonntagsreden haben die Betroffenen draußen satt, diese Appelle an Kinderfreundlichkeit so nach dem Motto: Ein Herz für Kinder. Die Politikverdrossenheit wird dadurch geschürt, weil die betroffenen Frauen Taten sehen wollen, der Worte haben sie genug.

Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 1. Januar 1991 enthält eigentlich einen Gesetzesanspruch auf Hilfe zur Erziehung. Und dann gab es schließlich die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom Dezember 1990, der sagte:

Jedes Kind, dessen Eltern die Aufnahme in den Kindergarten wünschen, hat einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz.

Da wurden große Erwartungen geweckt, aber sehr schnell enttäuscht; denn derselbe Ministerpräsident hat schon ein Vierteljahr später zu seiner veralteten Philosophie zurückgefunden: Hilfe in Sachen Kinderbetreuungsplätzen nur dort, wo es nicht mehr anders geht; oder anders ausgedrückt, Kinderbetreuungsplätze als Gnadenerweis für sozial arg Gebeutelte. Und schon dreieinviertel Jahre nach dieser Regierungserklärung hat der Finanzminister erklärt, dieses Versprechen Streibls könne in dieser Legislaturperiode auf keinen Fall eingehalten werden.

(Abg. Hiersemann: Was soll es dann in der Regierungserklärung?)

– Das fragen wir uns auch, es ist eine Sache der Glaubwürdigkeit dieser Regierung. Natürlich ist die Finanzierung eine wichtige Frage auch im Sinne von Glaubwürdigkeit, und da setzen Sie auch an und sagen, ein verankerter Rechtsanspruch schaffe noch keinen einzigen Platz. Das ist zunächst richtig. Aber ein verankerter Rechtsanspruch, und da setzen wir an, schafft Sicherheit für die Zukunft und verlangt von der Regierung mittelfristig ein glaubwürdiges Investitionsprogramm. Es wird keiner erwarten, daß bei einem Rechtsanspruch innerhalb eines Jahres alle Kindergartenplätze da sind. Aber die Leute können er-

(Irlinger [SPD])

warten, daß die fehlenden Kindergartenplätze in fünf Jahren geschaffen sein werden, wie wir es in unserem Wahlkampf 1990 immer wieder deutlich gemacht haben. Das Recht der Kinder und der Familie stellt sich dann nicht mehr als unverbindliche Vorgabe dar, die man so schön in eine Regierungserklärung packen kann, sondern bekommt durch die gesetzliche Verankerung eine andere Qualität. Darauf setzen wir.

Ich komme zum Schluß. Ich hoffe, daß Sie noch die Kurve kriegen hin zu unserer gemeinsamen Haltung, den Rechtsanspruch zu verwirklichen. Der Dank der Betroffenen wäre Ihnen sicher – der Dank auch der Verzweifelten, Herr Matschl, der gerade Sie als Münchner die Situation der Alleinerziehenden kennen müßten.

Als Anstoß, damit Sie vielleicht doch noch die Kurve kriegen, zwei Hinweise:

In Baden-Württemberg hat die neue Koalition jetzt in die Koalitionsvereinbarungen geschrieben:

Die Landesregierung spricht sich für die Einführung eines geregelten Rechtsanspruchs auf Kindergartenplätze aus. Sie strebt eine hundertprozentige Deckung des Bedarfs an Kindergartenplätzen für alle über dreijährigen Kinder an.

Und das in dieser Legislaturperiode! Da sollten Sie schon einmal ein bißchen über die Grenzen schauen.

Der zweite Hinweis kommt von Ihrem Generalsekretär. Er ist zwar nicht im Saal, aber ich hoffe, ich darf ihn zitieren. Er sagte am 27. Februar 1991, so stand es in der Abendzeitung:

Initiativen für die Kinder: Die CSU plädiert für einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze.

Das erklärte Ihr Generalsekretär Erwin Huber. Dazu noch ein zweites Zitat; ich hoffe, daß die Prophezeiung in einem Kommentar dazu diesmal nicht zutrifft:

Erwin Hubers Worte für einen Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze sind nichts als Sprüche. Sie sind ein Hohn für viele Familien; denn sie müssen heute noch monate-, ja jahrelang auf einen Kindergartenplatz warten, auch und gerade in Bayern.

Das wird bei christlich-sozialer Politik so bleiben, solange in ihrem Weltbild berufstätige Mütter in der außerfamiliären Kinderbetreuung so wenig Platz haben. Und so lange bleibt der Herr Generalsekretär halt ein Geschäftshuber.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, daß dies nicht wahr wird und daß Sie unserem Antrag zustimmen können. Ich bedanke mich.

Erster Vizepräsident Möslin: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Hohlmeier. Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Frau **Hohlmeier** (CSU): Hohes Haus, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß das, was wir gerade gehört haben, eher ideologische als praktische Aussage

war. Zwar hat die Diskussion um einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in der Öffentlichkeit für die Entwicklung eines Bewußtseins für die Notwendigkeit von Kindergartenplätzen sehr genützt, aber es wird damit kein Verständnis bei denjenigen ohne kleine Kinder geweckt, daß man jetzt immer mehr Kindergartenplätze schafft. Das Bewußtsein ist insbesondere in den Gemeinden massiv gestiegen. Allerdings werden mit einem Rechtsanspruch, Herr Irlinger, Sie haben es gerade gesagt, noch keine Kindergartenplätze gebaut, mit einem Rechtsanspruch entsteht kein Kindergartenplatz mehr; mit einem Rechtsanspruch ist insbesondere auch nicht Qualität eines Kindergartenplatzes gewährleistet. Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz könnte auch bedeuten, daß dem schon entsprochen ist, wenn man einen Nachmittagsplatz erhält.

Das Ziel der CSU-Landtagsfraktion ist es, und dafür wurden schon hundert Millionen in den bayerischen Haushalt aufgenommen, den örtlichen Bedarf zu berücksichtigen, der äußerst unterschiedlich sein kann. In ländlichen Gemeinden gibt es oft einen anderen Bedarf als in der Stadt München. Dieser örtliche Bedarf soll zu hundert Prozent abgedeckt werden. Mit hundert Millionen entstehen jährlich 12000 bis 15000 Kindergartenplätze. Damit stellt sich Bayern an die Spitze in Deutschland und braucht sich nicht zu verstecken.

(Beifall bei der CSU)

Vermutlich wäre ein Rechtsanspruch, wenn z.B. Eltern Klage erheben sollten, nicht unmittelbar umsetzbar, es sei denn, man macht die Gruppen größer. Mit einem Rechtsanspruch wäre aber die Verpflichtung verbunden, ein Kind aufzunehmen, selbst wenn die Kapazität nicht vorhanden ist. Ich glaube, wir sind uns inhaltlich zu hundert Prozent einig, und zwar fraktionsübergreifend, daß wir genügend Kindergartenplätze haben wollen. Darum sollten wir uns nicht in ideologischen Diskussionen ergehen, sondern vielmehr darüber uns klar sein, daß auch ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz die Probleme vieler Familien nicht lösen kann, wenn z.B. in Zeiten gearbeitet werden muß, in denen ein Kindergartenplatz gar nichts nützt. Was ist mit der Krankenschwester, die in der Schicht arbeitet, oder denjenigen, die in Freizeitbetrieben arbeiten? Denen ist mit einem Kindergartenplatz allein nicht gedient. Da muß man schon an Tagespflege denken, wo die Bayerische Staatsregierung Modellprojekte durchführt.

Die Bayerische Staatsregierung trägt wie die CSU-Landtagsfraktion sowohl den Kindern als auch den Familien Rechnung. Niemand, auch nicht die von der SPD regierten Bundesländer, kann von heute auf morgen einen Rechtsanspruch umsetzen. Interessant für mich ist, daß diejenigen, die derzeit einen Rechtsanspruch in ihren Gesetzen haben, die wenigsten Kindergartenplätze haben. Das ist eine Tatsache. Dazu gehört in der Zukunft auch Schleswig-Holstein. Und um München anzusprechen: Es hätte der

(Frau Hohlmeier [CSU])

der SPD angehörende Oberbürgermeister genug Gelegenheit, Kindergartenplätze zu bauen.

(Widerspruch bei der SPD)

– Es ist doch Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Man kann doch nicht für alles den Freistaat Bayern – –

(Unruhe – Abg. Hiersemann: Wo bleiben die Zuschüsse?)

– Es ist zu einfach, sich immer nur um Zuschüsse an den Freistaat Bayern zu wenden. Wenn von der Stadt München mal endlich eine vernünftige Wirtschaftspolitik gemacht würde,

(Lebhafte Unruhe und Widerspruch bei der SPD – Zuruf des Abg. Hiersemann)

würden die Betriebe vielleicht nicht aus München verschwinden. – Ich verstehe Sie nicht, Herr Hiersemann. Ich brauche jetzt keine Zwischenfrage von Ihnen.

(Lachen bei der SPD)

Die Kommunen können mit den höheren Zuschüssen etwas erreichen, diese sind massiv angehoben worden. Das bedeutet, daß mehr Kindergartenplätze entstehen; die Kommunen sind damit entlastet worden. Es sind auch die Personalkostenzuschüsse gestiegen. Ich glaube, daß wir bis zum Jahre 1995 oder 1996 eine massive Zahl neuer Kindergartenplätze haben, die uns dann zu der Aussage berechtigen werden, daß wir den Anspruch umgesetzt haben.

Eines allerdings möchte ich nicht mit einem Rechtsanspruch erreichen, um das auch einmal zu betonen: Es geht nicht nur darum, einen Anspruch auf einen Platz zu haben, es geht insbesondere auch darum, Familien mehr in Kindergärten einzubeziehen, die Eltern mehr in die Kindergärten hereinzunehmen, nicht nur Anspruch auf einen Platz zu stellen. Wir wollen beides haben, wir wollen auch die Familien einbeziehen. Hier sollten wir zusammenarbeiten und uns nicht in ideologischen Diskussionen ergehen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Möslin: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Hiersemenzel das Wort.

(Abg. Hiersemann: Jetzt so richtig drauf!
Alles plattmachen!)

Frau **Hiersemenzel** (FDP): Hohes Haus, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Ausführungen der Kollegin Hohlmeier sprechen für sich selber. Sie versucht, den Mangel an Kindergärten dadurch schönzureden, daß es ja einige Frauen gebe, die mit dieser Form der Kinderbetreuung nicht entlastet würden. Die Tatsache, daß nicht alle dieses Angebot brauchen, heißt doch nicht, daß die Mehrheit der Familien,

Frau Kollegin Hohlmeier, nicht dringend auf Kindergartenplätze wartet.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Notwendigkeit der außerfamiliären Betreuung ist doch mehr als unbestritten. Wenn wir den Familien wirklich helfen wollen, was Sie doch das letzte Mal so deutlich bei der Beantwortung Ihrer Interpellation „Mit Kindern leben“ unterstrichen haben, dann frage ich: Wie wollen wir ihnen denn helfen? Doch nicht nur mit schönen Worten, wir müssen dafür auch etwas tun.

(Beifall bei FDP und SPD)

Darauf, liebe Kolleginnen und Kollegen, zielt auch unser gemeinsamer Gruppenantrag zur Änderung des § 218 ab. Genau deshalb wollen wir in diesem Änderungsantrag den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verankern.

Nun sagen Sie, Frau Hohlmeier, der Rechtsanspruch nütze nichts, den könne man sich schenken, der Rechtsanspruch bestehe ja nur auf dem Papier, mit dem Rechtsanspruch werde kein einziger neuer Kindergartenplatz geschaffen. Frau Hohlmeier, der Umkehrschluß ist genauso richtig. In unserem Falle nützt der Rechtsanspruch sehr wohl, denn er verpflichtet, auch wenn er keinen neuen Kindergartenplatz schafft, den Staat zu helfen. Er verpflichtet den Staat zum Handeln. Ich denke, daß es gerade in dieser angespannten Situation ausgesprochen wünschenswert ist, daß der Staat handelt; denn die Kommunen, das steht fest, sind mit der Lösung dieser Aufgabe finanziell überfordert.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die Summen, die hier benötigt werden, übersteigen die finanzielle Leistungskraft aller Kommunen bei weitem.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Erster Vizepräsident Möslin: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur **A b s t i m m u n g**. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – FDP, SPD und GRÜNE.

(Abg. Hiersemann: Und der Herr Zehetmair!)

Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der CSU. Das ist die Mehrheit. Stimmenthaltungen? – Eine aus den Reihen der CSU. Der Antrag ist mit Mehrheit **a b g e l e h n t**.

Ich rufe auf

Antrag der Abgeordneten Starzmann und anderer betreffend ökologischer Landbau (Drucksache 12/2423)

und Tagesordnungspunkt 42:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Fleischer, Daxenberger, Paulig und Fraktion DIE GRÜ-

(Erster Vizepräsident Möslein)

NEN betreffend Sicherung der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der ökologischen Anbauverbände und der darin organisierten Betriebe in Bayern (Drucksache 12/5607)

Über die Beratungen im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Antrag auf Drucksache 12/2422 (Drucksache 12/4517) berichtet der Abgeordnete Schieder. Sie haben das Wort.

Schieder (SPD), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich berichte über die Diskussion im Landwirtschaftsausschuß zum SPD-Antrag betreffend ökologischer Landbau. Berichterstatter war ich, Mitberichterstatter war der Kollege Georg Rosenbauer.

Ich habe als Berichterstatter auf die zunehmende Bedeutung des ökologischen Landbaus in der Agrarpolitik hingewiesen und deutlich gemacht, daß dafür mehr politische Unterstützung notwendig sei und daß der SPD-Antrag verschiedene Möglichkeiten der Förderung aufzeige. Ich habe insbesondere das Problem Kuratorium für ökologischen Landbau angesprochen.

Mitberichterstatter Kollege Rosenbauer hat darauf hingewiesen, daß der ökologische Landbau in Bayern schon in großem Umfang gefördert werde. Er hat die einzelnen Punkte des Antrags kommentiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, den Antrag ablehnen zu müssen.

An der Diskussion haben sich außer den Berichterstattern die Kollegen Daxenberger, Starzmann, Kiesel, Müller Willi, Kuchenbaur und die Herren Wolf und Huber vom Landwirtschaftsministerium beteiligt.

Der Antrag ist mit den Stimmen der CSU gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt worden. Soweit meine Berichterstattung.

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Kollege, ich muß erst noch zur Berichterstattung über den Antrag auf Drucksache 12/5604 den Herrn Abgeordneten Daxenberger aufrufen. Dann erhalten Sie das Wort.

Zur Berichterstattung haben Sie das Wort, Herr Abgeordneter Daxenberger.

Daxenberger (DIE GRÜNEN), Berichterstatter: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, ich berichte kurz über unseren Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Sicherung der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der ökologischen Anbauverbände und der darin organisierten Betriebe in Bayern“.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde am 1. April 1992 im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten behandelt. Er war notwendig, nachdem kurze Zeit vorher der Antrag, der von der SPD vorgestellt und im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten abgelehnt worden war, bis zum heutigen Tag nicht im Plenum verbeschlossen worden ist. Trotzdem wurden von seiten der Staatsregierung vollendete Fakten geschaffen, und zwar dahingehend, daß es

nicht mehr möglich sein wird, ein eigenständiges Kuratorium für ökologischen Landbau einzurichten, nachdem kurz nach der Ablehnung im Ausschuß das Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung in Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung und ökologischen Landbau umbenannt wurde, in das nun die ökologischen Betriebe gedrängt werden sollen.

In unserem Antrag geht es darum, daß die Pionierarbeit der ökologischen Anbauverbände und der in ihnen organisierten Betriebe im Bereich umweltverträglichen Pflanzenbaus, artgerechter Tierhaltung und Produktion gesunder Lebensmittel und die Erhaltung unserer Kulturlandschaft gewürdigt werden. Des weiteren geht es uns darum, daß durch die Vorgehensweise des Ministeriums, hier vollendete Tatsachen zu schaffen, das Parlament mißachtet worden ist.

Schließlich fordern wir in dem Antrag die Staatsregierung auf, die Ausweitung der Aufgaben des LKP auf die Betreuung der ökologischen Betriebe rückgängig zu machen und umgehend dafür zu sorgen, eine eigenständige und unabhängige Vertretung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Sinne der Forderung der Anbauverbände sowie die finanzielle Forderung dieser Vertretung zu gewährleisten, und zwar im Sinne des Antrages der SPD, der bisher noch nicht im Landtag verabschiedet wurde.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde mit den Stimmen der CSU bei Stimmenthaltung der FDP und Zustimmung von seiten der SPD und der GRÜNEN abgelehnt.

Erster Vizepräsident Möslein: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Schieder. Sie haben das Wort.

Schieder (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die CSU tut sich schwer im Umgang mit dem ökologischen Landbau; das ist mein fester Eindruck nach vielen Diskussionen im Landwirtschaftsausschuß. Auf der einen Seite wollen Sie, meine Damen und Herren von der CSU, jedenfalls viele, im Grunde genommen mit dem ökologischen Landbau nicht recht etwas zu tun haben. Auf der anderen Seite aber können Sie sich doch bestimmten opportunistischen Erwägungen nicht entziehen und müssen infolgedessen ein bißchen zur Förderung tun. Heraus kommt dabei, so meine ich, eine Alibiförderung, die der eigentlichen Aufgabe und den Zukunftschancen des ökologischen Landbaus nicht gerecht wird. Dazu werde ich einige Anmerkungen machen.

Ich meine, die qualitative Bedeutung des ökologischen Landbaus geht weit über die quantitative Größenordnung hinaus. In Bayern wirtschaften ungefähr 1600 Betriebe auf 30 000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche nach den Anbau Richtlinien der ökologischen Anbauverbände. Darüber hinaus sind weitere 600 Betriebe im Rahmen der Vollextensivierung auch noch außerhalb der Anbauverbände, aber im Prinzip im Öko-Landbau tätig. Das bedeutet, auf Bundesebene bezogen, daß allein 40 Prozent aller ökolo-

(Schiefer [SPD])

gisch wirtschaftenden Betriebe sich in Bayern befinden, woraus sich meines Erachtens eine besondere Verpflichtung der bayerischen Agrarpolitik für den ökologischen Landbau ergibt.

Ich will die qualitative Bedeutung des ökologischen Landbaus noch einmal deutlich unterstreichen. Es geht nicht nur darum, daß im Öko-Landbau gesunde Nahrungsmittel sowohl aus tierischer als auch aus pflanzlicher Produktion erzeugt werden. Nach den ökologischen Problemen und der Überschußproduktion, die wir in den letzten Jahren in der Landwirtschaft kennengelernt haben, ist der ökologische Landbau sozusagen ein Muster für künftige Landwirtschaft. Ökologischer Landbau beinhaltet im Prinzip artgerechte Tierhaltung, Bestandsobergrenzen eingeschlossen, Verzicht auf Pestizide und weitgehenden Verzicht auf Mineraldünger. Das bedeutet auch, daß zusammen mit einer vernünftigen Fruchtfolge eine nachhaltige Bodenfruchtbarkeit hergestellt wird. Schließlich wird, das ist auch sehr wichtig, durch ökologischen Landbau das Trinkwasser geschont.

Von politischer Bedeutung ist, daß es im Rahmen der EG ein gesondertes Programm zur Förderung der Extensivierung in der Landwirtschaft gibt und daß die Vorschriften für die Vollextensivierung der Betriebe im Prinzip gleichlautend sind mit den Anbauvorschriften für ökologischen Landbau. Also ist auch die EG-Politik in einem hohen Ausmaß auf ökologischen Landbau in Zukunft ausgerichtet.

Wir Sozialdemokraten haben immer deutlich gemacht, daß wir die Vollextensivierung, die extensive Bewirtschaftung der Fläche, für die künftige Form der Agrarbewirtschaftung halten; dies will ich hier noch einmal feststellen. Weil dies in den vergangenen Jahren immer unsere Auffassung war, wollen wir ganz deutlich eine stärkere Förderung des Öko-Landbaus in Bayern, eine stärkere Förderung, als bisher erfolgt ist.

Beispielsweise ist eine Förderung der Vermarktung erforderlich. Es gibt Untersuchungen über das Marktverhalten und die Käuferwünsche, die zeigen, daß es eigentlich ein großes Potential an Verbrauchern gibt, die ökologische Waren, also Waren aus ökologischem Landbau, haben wollen. Der Anteil wird auf 20 bis 30 Prozent geschätzt. Selbst wenn man diese Schätzungen für sehr optimistisch hält, so zeigen sie doch, daß es einen großen Markt für diese Produkte gibt. Deshalb meinen wir, daß die Vermarktung in allen Formen mehr als bisher gefördert werden sollte. Das bezieht sich auf Direktvermarktung einerseits, selbstverständlich aber auch konventionelle Vermarktungsformen andererseits, bis hin zum Verkauf im Supermarkt.

Ein wesentliches Problem, das mit der Vermarktung zusammenhängt, ist die Kennzeichnung der Produkte aus dem ökologischen Landbau. Es sind ja ungefähr 50 Prozent der Produkte, die auf dem Markt sind, Pseudo-Bioproducte. Dem muß Einhalt geboten werden, daß der Käufer durch Fehlbezeichnungen irritiert wird. Das ist Ziel unseres Antrages. Ziel ist auch, daß

wir weiter bestrebt sein müssen, in der EG den Standard der Kennzeichnungspflicht zu erreichen, den die Anbauverbände haben.

Erster Vizepräsident Möselein: Herr Kollege, gestatten sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bittl?

Dr. Bittl (CSU): Herr Kollege, stimmen Sie mit mir überein, wenn der Anteil der Verbraucher, die an diesen Produkten interessiert sind, so hoch ist, wie Sie geschildert haben, daß dann genügend Markt gegeben ist und daß nicht noch eine eigene Marktförderung notwendig wäre?

Schiefer (SPD): Ich glaube, daß sich in den letzten beiden Jahren zunehmend abzeichnet, daß es für die Produkte des ökologischen Landbaus, also für die Produkte der Anbauverbände, zunehmend Probleme bei der Vermarktung und beim Verkauf gibt. Das ist ein Beweis dafür, daß auf dem Vermarktungssektor noch einiges getan werden muß. Es gibt auch noch andere Bereiche notwendiger Förderung: Beratung, Verbraucherberatung, auch Forschungsförderung.

Ein besonderes Problem, meine Damen und Herren, ist das Kuratorium. Wir haben über das Landwirtschaftsförderungsgesetz in Bayern verschiedene Möglichkeiten, Selbsthilfeeinrichtungen der Landwirtschaft zu fördern. Es gibt bestimmte Kuratorien, Selbsthilfeeinrichtungen. Die Frage ist: Soll man für den ökologischen Landbau ein eigenes Kuratorium einrichten, das letztendlich identisch ist mit den Anbauverbänden, oder soll man den ökologischen Landbau in die bestehenden Kuratorien einbinden, zum Beispiel in das Kuratorium für pflanzliche Erzeugung? Wir wissen inzwischen, daß letzteres neuerdings die Absicht der CSU und der Staatsregierung ist.

Das Problem ist, daß die CSU über viele Jahre nicht gewußt hat und im Grunde genommen auch heute noch nicht weiß, wie sie mit diesem Problem umgehen soll. Soweit ich als Neuling zurückverfolgen kann, laufen diese Diskussionen im Landwirtschaftsausschuß, ob Kuratorium, eigenständig oder angegliedert, mehr als fünf Jahre. Sie haben jetzt fünf Jahre gebraucht, um zu entscheiden, wie das denn jetzt eigentlich werden soll. Das ist eine Tatsache, so meine ich, die für sich spricht. Am Ende haben Sie diese Frage nicht so gelöst, wie Sie ursprünglich als Lösung angekündigt hatten. Staatsminister Eisenmann hat beispielsweise am 19. Februar 1987 versichert; ich zitiere aus dem Schreiben:

Dabei denken wir

– die Staatsregierung –

darin, daß die Verbände der Arbeitsgemeinschaft der Verbände des ökologischen Landbaus alle Rechte und Pflichten übernehmen, so als ob sie regulär als ein Erzeugerring nach dem Landwirtschaftsförderungsgesetz gefördert werden.

Das war eigentlich ein Versprechen für ein eigenständiges Kuratorium. Dieses Versprechen haben Sie nicht nur fünf Jahre lang nicht eingehalten, Sie lösen

(Schieder [SPD])

es am Ende der Diskussion – ich weiß nicht, ob es das Ende ist, jedenfalls in diesem Zwischenschritt – immer noch nicht ein. Wie unsicher Sie – im Unterschied überigens zu uns – in der Bewertung dieser Frage bis in die letzten Wochen und Monate waren, zeigen auch verschiedene Erklärungen Ihrer Seite, wenn ich nur eine Presseerklärung des Herrn Staatsministers Maurer vom 20. Dezember 1991 nehme, in der er schreibt – oder schreiben läßt: „Falsch ist die Aussage des Abgeordneten Daxenberger, Landwirtschaftsminister Maurer habe die Schaffung eines eigenen Landeskuratoriums abgelehnt.“

Er sagt, es ist falsch, daß er das abgelehnt habe. Daraus muß man, wenn Logik Logik ist, den Umkehrschluß ziehen, daß er für ein eigenes Kuratorium ist, ein solches nicht ablehnt, sondern dafür ist. Das hat er am 20. Dezember 1991 gesagt. Aber schon vier Wochen später, nämlich am 22. Januar 1992, läßt er mitteilen, daß das Staatsministerium einen Zusammenschluß der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Erzeugerringen und deren Integration in das Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung unterstützen wird.

Welch seltsame Wende in der Argumentation und der Zielrichtung, die Sie hier beim Kuratorium Ökologischer Landbau eigentlich vollziehen!

Der richtige Weg wäre gewesen, über das Kuratorium politisch hier im Hause, im Landwirtschaftsausschuß, zu entscheiden, statt durch irgendwelche Bürokraten bestimmen zu lassen, ob Satzungsänderungen vorgenommen werden oder nicht. Das ist nicht geschehen. Durch den SPD-Antrag, der erst heute behandelt wird, wird erstmals in diesem Hause die Frage erörtert, Landeskuratorium für Öko-Landbau unter einem Dach oder angeschlossen an das bestehende LKP. Das wird heute erstmals behandelt. Die Staatsregierung hat aber schon längst entschieden, die Sache ist am Parlament vorbeigelaufen.

Deswegen unterstützen wir grundsätzlich den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN und sagen heute aus den von mir genannten Gründen: Überdenken Sie noch einmal Ihre Position, setzen Sie eine politische Entscheidung und ein deutliches Signal für den ökologischen Landbau! Jetzt ist Gelegenheit dazu. Unsere Position ist klar. Wir sind für ein eigenständiges Kuratorium. Das wollen auch die Praktiker im ökologischen Landbau. Noch haben Sie eine Chance zuzustimmen. Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Bock. Sie haben das Wort.

Frau Bock (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Bedeutung des ökologischen Landbaus ist, so glaube ich, auch bei der CSU unbestritten. Ökologischer Landbau kann zwar niemals für alle wegweisend sein, aber für bestimmte Bevölkerungskreise hat er durchaus seinen Sinn, und deswegen macht es auch Sinn, die Vermarktung zu fördern.

Ich möchte jetzt nicht wiederholen, was Herr Schieder schon ausführlich gesagt hat. Nur, ich verstehe eines nicht: Warum hat die CSU jetzt plötzlich, nachdem sie zunächst andere Ansichten hatte, auch Herr Rosenbauer, Angst vor einem eigenständigen Kuratorium? Mit der Förderung der Selbstverwaltung wird doch auch die Motivation verstärkt. Dadurch würde auf jeden Fall mehr Effektivität erzielt.

Deswegen bitte ich Sie, Ihre geänderte Haltung doch noch einmal zu überdenken. Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung in die Produkte des ökologischen Landbaus nicht mehr fördern. Das Vertrauen ist vorhanden. Wir müssen aber Mißbräuche verhindern. Das kann niemand besser als ein eigenständiges Kuratorium, weil die Leute dann auch mit mehr Begeisterung und Motivation bei der Sache sind.

Nun zu den beiden Anträgen. Zur Ziffer 1 des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN habe ich schon im Ausschuß gesagt, daß Anträge eigentlich zum Tätigwerden auffordern und nicht etwas beschreiben oder Kritik oder Lob äußern sollen. Deshalb habe ich schon damals um getrennte Abstimmung gebeten. Wir lehnen die Ziffer 1 ab. Der Ziffer 2 des Dringlichkeitsantrags der GRÜNEN können wir voll zustimmen. Dem SPD-Antrag, der nach fast einem Jahr mittlerweile jetzt behandelt wird, können wir auch zustimmen. Danke.

Erster Vizepräsident Möslein: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Starzmann. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

(Abg. Starzmann: Ich habe mich eigentlich nicht gemeldet!)

– Ich habe folgende Wortmeldungen: Schieder, Bock, Starzmann, Daxenberger, Rosenbauer. Ich habe Ihnen jetzt das Wort erteilt.

(Zurufe: Zieh zurück!)

– Das Wort hat der Herr Abgeordnete Starzmann.

Starzmann (SPD): Also gut, dann in dieser Reihenfolge. Nur verlängert es die Beratung insofern, als wir natürlich schon sehr interessiert sind, was die CSU dazu zu sagen hat, wie sich ihre Staatsregierung entschieden hat bzw. was sie dazu zu sagen hat, nachdem sie in diesem Fall letztendlich eine andere Haltung eingenommen hat, als sie beispielsweise auf Veranstaltungen und in öffentlichen Erklärungen bisher vorsichtig signalisiert hatte. Dieses vorsichtige Signal ist auch in einem Bericht an den Landtag zum Ausdruck gekommen. Es beinhaltete, daß der ökologische Landbau durchaus über ein eigenständiges Landeskuratorium für den ökologischen Landbau gefördert werden kann.

(Zuruf des Abg. Willi Müller)

– Sehr richtig, Herr Müller. Die Staatsregierung hat in ihrem Bericht die Bereitschaft dazu bekundet und den Weg aufgezeigt, wie es zu machen wäre, wenn ein eigenständiges Kuratorium für den ökologischen Landbau eingeführt werden sollte. Ich gebe zu, Herr Müller, daß die Staatsregierung in diesem Fall in

(Starzmann [SPD])

ihrem Bericht beschrieben hat, daß es auch möglich wäre, den ökologischen Landbau zu fördern und in ein Landeskuratorium einzugliedern. Insofern kritisiere ich auch nicht, daß wir im Landwirtschaftsausschuß sozusagen – was ja selten genug vorkommt – das letzte Wort reden durften in der Frage, wie es kommen soll. Ich kritisiere im Unterschied zu den GRÜNEN – das sage ich ganz deutlich – dieses Verfahren nicht, weil ich das eigentlich für parlamentarisch richtig halte, daß die Staatsregierung aufzeigt, welche Möglichkeiten es gibt, und daß wir dann politisch entscheiden.

Nur, die politische Entscheidung, die Sie von der CSU getroffen haben, war letztendlich falsch und nicht zugunsten des ökologischen Landbaus, nicht zugunsten einer Ausdehnung der Förderung der ökologischen Landbauerzeugung und damit auch zum Schaden der bayerischen Landwirtschaft. Wir sind nämlich, ich sage dies noch einmal, deutlich darauf hingewiesen worden, daß bei einer Integration des ökologischen Landbaus in das Landeskuratorium Pflanzenbau natürlich die gesamte ökologische Fleischerzeugung unter den Tisch fällt.

Zum zweiten wird es ohne eine Änderung des Landwirtschaftsförderungsgesetzes nicht möglich sein, über die Definition der gesetzlichen Aufgaben des Landeskuratoriums für den Pflanzenbau dafür zu sorgen, daß die Vermarktung der Ökoprodukte über eine solche staatlich geförderte Einrichtung unterstützt wird. Zur Vermarktung sind gerade die zusätzliche Unterstützung der Vermarktung ökologischer Produkte und Selbsthilfeeinrichtungen des ökologischen Landbaues wichtig. Sie alle halten uns immer wieder entgegen, die Preise für die ökologisch erzeugten Produkte seien einmal hoch gewesen, aber die Ökobauern klagten jetzt über einen Rückgang der Preise, weil immer mehr Bauern ökologisch erzeugen. Das ist in der Praxis feststellbar. In einem Hearing, das wir dazu durchgeführt haben, hat sich auch herausgestellt, daß der Flaschenhals einer Ausdehnung des Ökolandbaus nicht mehr darin liegt, die Bauern zu überreden, so zu produzieren. Inzwischen werden die Ansätze der Ökoproduktion in Bayern vernünftig unterstützt, zum Beispiel durch ein Kulturlandschaftsprogramm für den Ökolandbau oder das Extensivierungsprogramm der Europäischen Gemeinschaft. Das geht alles in die Richtung, Bauern zu überreden oder anzuhalten, ökologisch zu produzieren. Je mehr dies tun, um so mehr solche Lebensmittel kommen auf den Markt und müssen an den Verbraucher gebracht werden.

Erster Vizepräsident Möslin: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Bittl?

Starzmann (SPD): Ja, freilich.

Dr. Bittl (CSU): Herr Kollege Starzmann, Sie verwenden bei den Förderprogrammen immer den Begriff „ökologisch“, meinen aber wahrscheinlich die exten-

sive Landwirtschaft, die Sie gerade angesprochen haben. Ist das so, oder täusche ich mich da?

Starzmann (SPD): Sie täuschen sich. Wenn ich von ökologischem Landbau spreche, meine ich, wie wir in unserem Antrag definiert haben, daß ökologischer Landbau letztlich ist, was in den AGÖL-Vorschriften beschrieben wird. Natürlich bleiben die EG-Richtlinien in Einzelpunkten zurück. Deshalb steht in unserem Antrag, daß die Förderprogramme für Bayern zur Nutzung dieser EG-Mittel in Abstimmung mit den Anbauverbänden einmal zugeschnitten werden sollen und zum zweiten dem hohen Standard der Erzeugung ökologischer Lebensmittel unserer Anbauverbände entsprechen sollen. Wenn ich also davon rede, meine ich auch diese Richtlinien.

Ich sagte, es gibt über diese Extensivierungsprogramme, über die ein Ökobauer ohne weiteres verfügen kann, Ansätze, diese Produktion zu unterstützen. Es hat aber keinen Sinn, Förderprogramme völlig an denjenigen vorbei zu beschließen, die gefördert werden sollen. Wenn Sie mit denen nicht reden, wenn die sagen, daß sie eine Förderung so gar nicht wollen, dann beschließen Sie Förderprogramme für Wolkenkuckuckshelme, aber nicht für Bayern.

Diese Anbauverbände haben deutlich gemacht, daß wir nicht nur eine Beratung beim Anbau brauchen, die es bisher schon gibt, durch die staatliche Beratung, sondern zusätzlich auch eine Beratung durch Anbauberater der Verbände selber, die staatlich gefördert werden.

Wir wissen, der Einstieg in die sogenannte Privatisierung der Landwirtschaftsberatung in Bayern tut weh. Ich meine aber, daß nach dem, was die staatliche Landwirtschaftsberatung in den letzten Jahrzehnten geleistet hat, schon angenommen werden kann, daß die Betroffenen, die am Markt verkaufen wollen, bereit sind, ihre Beratung untereinander selber zu organisieren. Das läßt sich vielleicht auch noch nach der von der CSU gewählten Konstruktion machen. Daß es Ihnen weh tut, ist ein anderes Thema.

Völlig ausgeschlossen aber ist, darauf hat der Kollege Schieder hingewiesen, jetzt den Flaschenhals Vermarktung zu öffnen, so daß z.B. Ökobauern mit den Produkten, die von 30 Prozent der Verbraucher nachgefragt werden, in die Supermärkte gehen und sie dort anbieten können, so daß jede Hausfrau und jeder Einkäufer an sie herankommt. Es macht doch keinen Sinn, immer wieder zu sagen, schaut mal diese Spinner von Ökoproduzenten an, diese Nischenproduzenten, wenn diese weiterhin auf Direktvermarktung warten müssen, wenn die Städter auf die Höfe und die Bauernmärkte fahren müssen, um einige Pfund Kartoffeln zu kaufen, für die sie höhere Preise bezahlen, weil am Ende das Benzin, das sie dabei bezahlen, teurer ist als die Kartoffeln, die sie eingekauft haben. Deshalb sagen die Anbauverbände mit Recht, daß sie wie alle anderen großen Konkurrenten mit ihren Produkten auch zum Verbraucher kommen können müssen.

Das Zusammenbringen von Produzenten und Verbrauchern ist seit dem Mittelalter eine staatliche Auf-

(Starzmann [SPD])

gabe. Es haben die Fürsten Marktplätze gebaut und Marktrechte vergeben. Heute besteht die Unterstützung halt in so etwas Profanem wie Vermarkterberatung derjenigen, die Produkte haben, die nicht so ohne weiteres zum Verbraucher kommen.

Das wollen wir, das haben wir uns auch nicht selber einfallen lassen, das wollen die Anbauverbände. Deswegen haben wir von den beiden Wegen, die die Staatsregierung aufgezeigt hat, diesen Weg gewählt. Es gibt Äußerungen des Ministers auf Veranstaltungen in Mittelfranken, daß er gar nichts gegen ein solches eigenständiges Landeskuratorium hätte. Ich erkläre Ihnen auch noch, Herr Rosenbauer, weshalb ich auf Ihre Wortmeldung gewartet habe. Ich wollte Sie damit provozieren, daß Sie es sagen. Vielleicht muß ich dann noch einmal etwas sagen.

(Abg. Diethel: Nein!)

– Sie haben es ja so dargestellt, als sei dieselbe Seelenregung, die Sie beschrieben haben, ich werde sie gleich erklären, auch bei anderen CSU-Kollegen eingetreten, und deshalb hat mir bei den Beratungen im Ausschuß damals an Ihrem Beitrag nicht gefallen, daß Sie gesagt haben, Sie wären ja von Anfang an gar nicht so abgeneigt gewesen, ein eigenständiges Landeskuratorium Ökologischer Landbau einzurichten, aber diese bösen Buben – das ist nicht von Ihnen, das interpretiere ich jetzt so – haben sich im Vorgriff auf meine, Rosenbauers, Entscheidung in diesem Ausschuß bereits so weit vorgewagt und haben ihre eigenen Statuten geändert im Hinblick auf die Einführung eines solchen Kuratoriums

(Abg. Diethel: Entsetzlich!)

– was Sie immer wollten, was Sie jahrelang wollten. Darin sahen Sie sich in Ihrer freien Entscheidung getäuscht, daß Sie frei so hätten entscheiden dürfen, wie Sie vorher immer gesagt haben, daß Sie entscheiden wollen.

Das verstehe ich nicht. Diese Kehrtwendung, die Sie uns da vorgeführt haben, war eine ausgesprochene Politakrobatik, vor anderen einzuknicken. Eine ganze Menge Ihrer Kollegen haben sich nämlich ehrlicher geäußert als Sie, allerdings nicht hier im Raum, sondern in anderen Räumen,

(Abg. Diethel: Kollege Rosenbauer ist ehrlich!)

die haben gesagt: Ja, weißt du, Starzmann, ich kann da nicht zustimmen. Denn wenn wir so ein Öko-Kuratorium machen, dann schaut das ja so aus, als seien die Öko-Lebensmittel die guten und unsere die schlechten. Aus diesem Grund allein dürfen wir das nicht zulassen.

Genau das wollten wir verhindern, daß der Öko-Landbau weiterhin unter staatlicher Kuratel und Einschränkung steht. Deswegen sind wir eigentlich so von Ihrer Ablehnung enttäuscht, und deswegen kann als Überschrift über Ihrer Ablehnung nur stehen: Die CSU ist weiterhin gegen den Öko-Landbau.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Widerspruch von der CSU)

Erster Vizepräsident Möslein: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Daxenberger das Wort.

Daxenberger (DIE GRÜNEN): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU hüllt sich momentan noch vornehm in Schweigen.

(Abg. Brosch: Aber nicht mehr lange!)

Es wäre, wie Kollege Starzmann schon gesagt hat, für uns tatsächlich interessant, einmal zu hören, ob vielleicht nicht doch eine veränderte Position in Richtung auf eine vernünftige Lösung vorhanden ist. Denn das, was derzeit vom Landwirtschaftsministerium als Lösung angeboten wird, kann jetzt schon als Rohrkrepierer bezeichnet werden.

Die Zukunft der bayerischen Landwirtschaft wird ökologisch sein oder gar nicht – das wage ich einmal so in den Raum zu stellen. Angesichts der derzeitigen agrarpolitischen Situation müssen wir ganz eindeutig erkennen, daß wir in Bayern keine Chance mehr in der „Vollgas“-Landwirtschaft haben, daß wir keine Chance mehr mit immer höher, schneller, weiter, größer haben. Wo wollen wir denn noch hin?

Wir haben nur eine Chance, wenn wir uns auf das berufen und auf das zurückkommen, was wir können, was wir haben, und das ist die bäuerliche Kulturlandschaft, das ist Natur, das ist Umwelt, nicht Landwirtschaft so wie in Holland oder in den neuen Bundesländern. Deshalb wird die Zukunft der Landwirtschaft in Bayern ökologisch sein.

Jahrelang ist uns Biobauern und auch den GRÜNEN, die diese Form der Landwirtschaft von Anfang an unterstützt haben, vorgehalten worden, wir seien Spinner und Deppen. Wenn es alle so machen würden wie diese paar weltfremden Anthroposophen oder gar Religionsgemeinschaften, wie es geheißen hat, dann werden wir bald wieder auf den Bäumen sein und alle am Hungertuch nagen.

Wir haben uns nicht beirren lassen, sondern sind stur und konsequent unseren Weg weitergegangen und haben alle Stolpersteine mühsam Stück für Stück aus dem Weg geräumt. Wir haben die Knüppel, die uns zwischen die Füße geworfen worden sind, zwar gespürt, sind aber trotzdem nicht umgefallen, sondern haben allen Anfeindungen zum Trotz inzwischen ein sehr hohes Ansehen in weiten Kreisen der Bevölkerung. Ich meine, dieses hohe Ansehen haben die Ökobetriebe und ihre Anbauverbände auch zu Recht.

Die Leistungen der Ökobetriebe und ihrer Verbände in den Bereichen umweltverträglicher Pflanzenbau, artgerechte Tierhaltung, gesunde Lebensmittelerzeugung und Erhalt unserer Kulturlandschaft werden allgemein gewürdigt und inzwischen auch von CSU und Staatsregierung erkannt, zumindest in fast jeder Sonntagsrede, in der es um das Thema Landwirtschaft geht, irgendwo in den Raum gestellt. Eine ganze Reihe von Ministern läßt sich inzwischen ganz gern im Sonnenblumenfeld am Ökobetrieb fotografieren, weil das unwahrscheinlich werbetätig ist.

(Daxenberger [DIE GRÜNEN])

Die Sonntagsreden kommen allerdings inzwischen den Ökobetrieben und deren Anbauverbänden wie Hohn vor, wenn man sich anschaut, wie die Praxis ist. Den Pionieren des ökologischen Landbaus wird derzeit in den Hintern getreten. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und kann gehen. Die krankende, orientierungslose Landwirtschaftsverwaltung, die wir auf allen Ebenen haben, schmückt sich gern mit den langsam wachsenden Federn der Ökobetriebe, die ihnen die Politiker und die Landwirtschaftsverwaltung jahrelang am liebsten ausgerissen hätten. Die Ökobetriebe werden inzwischen offensichtlich zur Imagepflege einer ganzen Reihe von Verwaltungen und Organisationen gebraucht.

Warum wollen die Ökobetriebe ein eigenes Kuratorium? Warum sind sie nicht bereit – und sie sind nicht bereit und werden sich auch nicht so schnell Kleinriegen lassen –, beim LKP mitzumachen? Dazu noch eine kurze Information:

Nach dem Bayerischen Landwirtschaftsförderungsgesetz können nur bäuerliche Selbsthilfeeinrichtungen gefördert werden, wenn sie ein Kuratorium bilden. Es gibt derzeit in Bayern drei verschiedene Kuratorien: das Kuratorium für Pflanzenbau (LKP), Kuratorium für tierische Erzeugung und Kuratorium der Maschinenringe.

Es ist meines Erachtens notwendig und richtig, dies wird auch in den Anträgen gefordert, ein viertes Kuratorium für ökologischen Landbau einzurichten. Was wir bisher haben, sind fachspezifische Kuratorien. Ein Ökobetrieb dagegen sieht sich als ganzheitlicher Betrieb, für den sowohl Pflanzenbau als auch tierische Erzeugung notwendig ist. Dies ist in den bisherigen Kuratorien streng getrennt. Das LKP pflegt sein Image derzeit mit hohem Aufwand lediglich mit dem integrierten Pflanzenbau. Dieser sogenannte integrierte Pflanzenbau wird derzeit wie gesagt mit hohem Aufwand von staatlicher Seite als umweltfreundliche Lösung und Alternative zur bisherigen Landwirtschaft verkauft. Gleichzeitig ist dieser integrierte Pflanzenbau der größte Konkurrent für die echte Bioware. Es ist vorhin schon gesagt worden, daß mehr als 50 Prozent der Produkte unter Pseudo-bio laufen müßten, weil sie gar nicht biologisch nach den Richtlinien der anerkannten Bioverbände angebaut werden.

(Abg. Müller Willi: Alle Pflanzen werden biologisch angebaut, wie sollte es anders gehen!)

Sie werden lediglich mit ein oder zwei Auflagen versehen, das heißt, statt zehnmals wird nur noch vier- oder fünfmal gespritzt, dann wird als Bioware verkauft. Genau darunter leiden die Biobetriebe, weil ihnen damit ein Großteil des Marktes weggenommen wird. Umfragen gehen sogar so weit, daß von vier Hausfrauen, die ökologische Produkte gekauft zu haben glauben, drei Pseudo-Bioprodukten aufgesessen sind.

Meines Erachtens wäre gerade jetzt die Zeit reif für viele Betriebe, umzusteigen. Viele haben auch großes Interesse, sich umzustellen, denn sie verspüren keine Lust mehr, wie im Hamsterkäfig immer schneller zu radeln und zu treten, sich in der Spirale von mehr Produktion und geringeren Preisen zu drehen, um irgendwann doch einmal aus dieser Spirale herauszufliegen.

Angesichts der desolaten Agrarpolitik ist das natürlich verständlich, auch angesichts der Tatsache, daß die ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Agrarbericht jedes Jahr ganz eindeutig mit einem besseren Betriebsergebnis abschneiden.

Aber damit es dazu kommt, damit die Betriebe sich auch umstellen, was wir offensichtlich alle wollen – ich höre in allen Reden, daß wir eine umweltverträgliche flächendeckende Landwirtschaft wollen –, brauchen wir eine Anschubfinanzierung. Es kann nicht angehen, nach den alten Mustern zu verfahren und hier ein bißchen was und dort ein paar Brotkörnchen zu vergeben. Das Modell jetzt des Landeskuratoriums für pflanzliche Erzeugung und ökologischen Landbau wird, wie ich vorhin schon gesagt habe, ein Rohrkrepiierer, denn die Anbauverbände der Biobetriebe akzeptieren die massive Gängelung net. Sie san es leid, jahrelang von der Staatsregierung und der CSU als weltfremde Spinner angegriffen worden zu sein, aber jetzt, wo sie auf dem besten Weg san, die ihnen immerhin inzwischen zugestandene Nische zu verlassen, von schwarzen Armen erdrückt zu werden. Die Anbauverbände werden sich weigern, hier reinzugehen. Ich hoffe nicht, daß die Staatsregierung durch einen massiven Druck über den Geldhahn die Betriebe reinzwingt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Nächster Redner ist der Kollege Georg Rosenbauer.

Rosenbauer Georg (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer die bisherigen Beiträge aufmerksam verfolgt hat, aber nicht unmittelbar aus der Landwirtschaft kommt, der weiß wohl nicht, worum es eigentlich geht.

(Beifall bei der CSU)

Auf der einen Seite versucht der Kollege Starzmann Überschriften zu finden, die beispielsweise lauten: Die CSU ist gegen den ökologischen Landbau! Wer aber nur in Überschriften redet, hat das Problem nicht erkannt, lieber Kollege Starzmann; die CSU ist für den ökologischen Landbau.

(Bravo! und Beifall bei der SPD)

– Jawohl, den Beweis liefert die Praxis. Kollege Schieder hat selbst in seinem Beitrag darauf verwiesen, daß etwa 40 Prozent der in Deutschland praktizierenden Ökobetriebe in Bayern wirtschaften. Genau dies ist für mich der Beweis, daß das Umfeld in Bayern sehr günstig ist, diese Betriebsform zu wählen. Wer in Bayern produziert, hat es natürlich unweigerlich auch mit der CSU und der Bayerischen Staatsregierung zu tun.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Daxenberger?

Rosenbauer Georg: Selbstverständlich!

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Bitte, Herr Kollege!

Daxenberger (DIE GRÜNEN): Herr Kollege Rosenbauer, nachdem Sie gerade gesagt haben, daß immerhin 40 Prozent der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in Bayern sind, schreiben Sie diesen Umstand der Staatsregierung und der CSU zugute, oder sind es vielleicht doch die hervorragenden Leistungen und Eigenschaften der bayerischen Bauern?

Rosenbauer Georg (CSU): Herr Kollege Daxenberger, die Frage hätten Sie schon beantwortet gehabt, wenn Sie der Einführung zu meinem Beitrag gefolgt wären. Ich hatte gesagt, daß es sich erstens auch um einen Beitrag des SPD-Kollegen handle, und zweitens, daß es auf das Umfeld hier in Bayern zurückzuführen sei. Ich müßte die Gegenfrage stellen: Warum ist diese Produktionsform in anderen Bundesländern nicht in gleicher Weise entwickelt? Sind dort die Landwirte nicht fähig, ökologischen Landbau zu betreiben, oder ist eben doch in Bayern das Umfeld für diese Wirtschaftsweise günstiger?

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren, die höchste finanzielle Förderung für die Landwirte, die ökologischen Landbau betreiben.

Bei dem Thema, um das es in den beiden Anträgen geht, steht nach unserem Verständnis nicht die Frage für oder gegen den ökologischen Landbau zur Debatte. Die CSU ist für den ökologischen Landbau und räumt ihm eine Stellung als eine Produktionsform innerhalb der Landwirtschaft ein, aber auch nicht mehr.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Kollege Rosenbauer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Knauer?

(Abg. Georg Rosenbauer: Selbstverständlich!)

– Bitte, Herr Kollege Knauer!

Knauer Walter (SPD): Herr Kollege Rosenbauer, schlagen in Ihrer Brust zwei Seelen, um da an Hermann Hesse zu denken, wenn Sie zum Thema ökologischer Landbau reden? Teilen Sie die Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums, die damals dem Ausschuß vorgelegt wurde und die dann als Presseerklärung in gekürzter Form hinausging, in der über diejenigen, die sich positiv zum ökologischen Landbau geäußert haben, fürchterlich hergezogen wurde?

Rosenbauer Georg (CSU): Herr Kollege, ich bin nicht der Pressesprecher des Landwirtschaftsministeriums. Ich möchte Ihnen empfehlen, diese spezielle Frage an den Landwirtschaftsminister oder den Repräsentanten des Ministeriums zu stellen.

(Zuruf von der CSU: Eine gute Antwort! – Abg. Walter Knauer: Was ist aber mit den zwei Seelen in seiner Brust?)

Aber jetzt weiter in der Thematik.

(Abg. Hiersemann: Aber jetzt wollen wir doch zum Schluß kommen!)

– Lieber SPD-Fraktionsvorsitzender, wir kommen noch nicht zum Schluß, denn gerade Ihre Fraktion ist ja daran interessiert zu wissen, was die CSU zum ökologischen Landbau sagt. Diese Aufforderung kann ich natürlich nicht zurückweisen, ich möchte unsere Auffassung sehr ausführlich darlegen und vorbringen, was die CSU vom ökologischen Landbau hält und welche Wege sie aufzeigt. Die CSU bittet Sie als Fraktionsvorsitzender der SPD, dies auch zu begreifen und nachzuvollziehen.

(Abg. Hiersemann: Ja gut, fangen S' halt mal an!)

– Stören Sie bitte nicht, dann kann ich weitermachen.

(Heiterkeit)

Das Thema ökologischer Landbau, das hier zu behandeln ist, beruht auf einem Antrag der CSU, den dieser Landtag einstimmig angenommen hat. Danach soll die Staatsregierung zum einen über die Möglichkeiten der Förderung des ökologischen Landbaues berichten. Die Staatsregierung hat uns diese in sehr umfassender Weise im Dezember 1991 im Fachausschuß dargelegt. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken. Dies zeigt auch, daß der Vorwurf der GRÜNEN in ihrem Antrag, die Staatsregierung sei wegen eventuell voreiliger Entscheidungen zu rügen, an der Realität vorbeigeht und zurückgewiesen werden muß. Die Staatsregierung hat aufgezeigt, daß eine Möglichkeit besteht, die Förderung über ein eigenständiges Kuratorium durchzuführen; sie hat ferner aufgezeigt, daß dies auch über eine Arbeitsgemeinschaft in einem schon bestehenden Kuratorium möglich ist. Sie hat weiterhin aufgezeigt, daß es in der Form, wie bisher geschehen, nämlich durch eine Förderung der Verbände, ebenfalls möglich wäre. Das war die Auskunft der Staatsregierung, nachzulesen in den Protokollen des Landwirtschaftsausschusses.

Wir haben versucht, uns in einer sehr intensiven und umfassenden Diskussion mit Vertretern der AGÖL-Verbände und mit praktizierenden Landwirten, die nach dieser Wirtschaftsform produzieren, eine Meinung zu bilden. Ich gebe zu, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen – das hat jetzt nichts mit Unwahrhaftigkeit zu tun, die mir der Kollege Starzmann unterstellen will, sondern beweist die Offenheit des CSU-Berichterstatters für neue Wege –, daß ich bei der Beratung zu diesem Thema in der vorigen Legislaturperiode durchaus für ein eigenständiges Kuratorium gestimmt und mich entsprechend geäußert habe. Dies geschah, auch das gebe ich zu, aufgrund meines damaligen Wissensstandes.

Es hat nun in der Zwischenzeit sehr viele Gespräche gegeben, und mir ist schlüssig nachgewiesen worden, daß das, was die ökologischen Verbände eigent-

(Rosenbauer Georg [CSU])

lich wollen, nämlich daß man die Vermarktung über Kuratorien regelt, rechtlich nicht möglich ist, und das ist ja eigentlich der „Knackpunkt“. Hier unterliegt auch die FDP einem Irrtum, wenn die Kollegin Bock von Erzeugerringen spricht. Sie verwechselt nämlich Erzeugerringe mit Kuratorien. Das sind zwei Paar Stiefel. Erzeugerringe sind außerhalb bestehender Kuratorien möglich, Erzeugerringe können die Vermarktung übernehmen. Das ist aber nicht das, was die Ökobetriebe wollen; sie wollen die Vermarktung in ein eigenständiges Kuratorium übernehmen, und das geht nicht. Das ist die verbindliche Rechtsauskunft. Es geht auch in bestehenden Kuratorien nicht, deshalb wurden Erzeugerringe gegründet. Aus diesem Grund,

- daß die Kuratorien die Möglichkeit haben, über Satzungsänderungen neue Arbeitsgemeinschaften zu integrieren,
- daß wir keinen Teil der Landwirtschaft diskriminieren wollen,

waren wir der Meinung, daß durch Öffnung des bestehenden LKP und Einrichtung einer Arbeitsgruppe für ökologischen Landbau als Schwerpunkt durchaus den Erfordernissen, den ökologischen Landbau zu fördern, Rechnung getragen werden kann.

Wir haben dies in verschiedenen Ausschüssen geäußert. Aber es ist – das ist auch ein Punkt, weshalb der Antrag der GRÜNEN zurückzuweisen ist – nicht Aufgabe des Parlaments, dem LKP, also einem Kuratorium, vorzuschreiben, welche Arbeitsgemeinschaften es installieren soll und welche nicht. Die Staatsregierung ist auch nicht befugt, ein derartiges Ansinnen zurückzuweisen, wenn sich die bestehende Arbeitsgemeinschaft in den gesetzlichen Rahmen einpaßt. Im Zuge der Genehmigung ist die Staatsregierung an der Satzungsänderung beteiligt; aber wenn die Satzungsänderung auf dem Boden des Landwirtschaftsförderungsgesetzes erfolgt, kann die Genehmigung nicht versagt werden. Mehr ist auch nicht geschehen.

Hier noch einige Zahlen, die jedem, der nicht ideologisch verbohrt eine Richtung vertritt, zu denken geben sollten: Von den 2200 ökologisch wirtschaftenden Betrieben in Bayern sind 1600 in fünf anerkannten Verbänden organisiert – 1600 Betriebe in fünf Verbänden. Es gibt 600 Betriebe, die nach den gleichen Grundsätzen wirtschaften, aber in keinem dieser fünf Verbände organisiert sind. Sie können aber die Betriebe, die nicht Mitglieder der fünf Verbände sind, nicht diskriminieren. Sie erwecken den Eindruck als seien diese 600 Betriebe auf der unmoralischen Seite, wenn sie unter den gleichen Bedingungen produzieren und dem Markt die gleichen Produkte andienen. Das kann man nicht machen; das ist nicht sauber, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich muß diese Diffamierung mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Dem Verbraucher und der Verbraucherin ist es egal, in welcher Organisation ein Produkt erzeugt ist. Den

Verbraucher und die Verbraucherin interessiert, nach welchen Grundsätzen das Produkt hergestellt wurde und daß kein „Beschleiß“ erfolgt.

Ein Hinweis darauf, daß so etwas möglich ist! Die „Süddeutsche“, die nicht unbedingt in dem Geruch steht, ein Presseorgan der CSU zu sein, brachte einen großen Artikel über den ökologischen Landbau und über die Produkte aus dieser Produktionsform. Die Überschrift dazu lautete, Herr Kollege Starzmann: „Die große Biolüge“. Das war eine Überschrift in der „Süddeutschen“, nicht eine Aussage der CSU. Ich meine, mit dieser Überschrift hat man den Landwirten, die sauber, korrekt und nach den anerkannten Regeln der AGÖL wirtschaften, einen Bärendienst erwiesen. Auch das muß ich zurückweisen, weil hier wenige schwarze Schafe die ganze Gemeinschaft eigentlich in Mißkredit bringen.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Kollege Rosenbauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Starzmann?

Rosenbauer Georg (CSU): Selbstverständlich!

Starzmann (SPD): Herr Kollege Rosenbauer, Sie haben wieder die „Biolüge“ angesprochen. Gestehen Sie zu, daß die Überschrift der „Süddeutschen Zeitung“, die Sie zitiert haben, wie alle Zitate von der „Biolüge“ darauf hinauslaufen, daß Produkte, die nicht aus anerkannten ökologischen Betrieben stammen, auf den Markt kommen, was letztlich am Fehlen einer bayerischen Bezeichnung liegt?

Rosenbauer Georg (CSU): Herr Kollege Starzmann, ich wollte mit dem Beispiel einfach auf die Gefahren hinweisen, die Sie in die Aussprache eingeführt haben, indem Sie nur in Überschriften argumentieren. Die Überschrift in der „Süddeutschen“ geht an der Realität genauso vorbei wie Ihre Aussage, die CSU sei gegen den ökologischen Landbau.

(Abg. Dr. Matschl: Sehr gut!)

Wir werden weiterhin, meine sehr verehrten Damen und Herren, diese landwirtschaftliche Produktionsform, den ökologischen Landbau, unterstützen. Ich verweise auf die sehr umfangreiche Berichterstattung im Agrarausschuß, in dem ich detailliert aufgezeigt habe, in welchen Bereichen welche Förderungen möglich sind und was bisher bereits geleistet wurde. Das ist beispielhaft für die gesamte Republik. Deshalb ist die Schelte der Staatsregierung und der CSU falsch; ich muß sie zurückweisen.

Ich weise ebenfalls zurück, daß die Staatsregierung, wie dies im GRÜNEN-Antrag formuliert wurde, unter Mißachtung des Parlaments gehandelt habe. Die Staatsregierung hat dies nicht getan. Im Gegenteil! Ich zitiere hier in positiver Weise den Kollegen Starzmann. Sie hat in beispielhafter Weise aufgezeigt, welche Möglichkeiten vorhanden sind, und die entsprechenden Organisationen haben von den Möglichkeiten Gebrauch gemacht, zum einen das LKP durch Satzungsänderung und die Möglichkeit, daß ökologisch wirtschaftende Betriebe als Arbeitsgemein-

(Rosenbauer Georg [CSU])

schaft eintreten können, zum anderen auch die AGÖL, die in einer Sitzung im Dezember ebenfalls eine Satzungsänderung vorgenommen hat, sich jetzt als LKÖ bezeichnet und in einer Presseerklärung bekanntgegeben hat, daß ein Rechtsanspruch auf Förderung bestehe.

Meine Aussage im Landwirtschaftsausschuß, lieber Kollege Starzmann, war: Wenn ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht, braucht sich dieses Hohe Haus mit der Materie nicht zu befassen. Rechtsansprüche sind einklagbar. Ich habe damals den Vätern und Müttern der Entscheidung der AGÖL empfohlen, sie sollten, wenn sie der Meinung sind, daß ein Rechtsanspruch besteht, den Rechtsweg beschreiten; dann werden die Gerichte entscheiden, ob es so ist, wie sie meinen. Ich bin der Meinung, daß die AGÖL mit dieser Meinung auf dem Holzweg ist, daß es ein Irrweg war und daß es sinnvoller gewesen wäre, die Beratungen in diesem Hohen Hause abzuwarten.

Wir seitens der CSU lehnen beide Anträge ab, den Antrag der SPD und den Antrag der GRÜNEN, wobei ich mich in dem einen Punkt, in dem die Leistung der Anbauverbände anerkannt wird, anschließe. Das habe ich auch im Ausschuß durch Stimmenthaltung dokumentiert. Aber alle anderen Punkte sind zurückzuweisen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Das Wort hat der Herr Staatsminister Maurer.

Staatsminister Maurer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beinahe bin ich versucht zu sagen, die unendliche Geschichte.

(Abg. Dr. Ritzer: Da ist etwas wahr dran!)

Denn wie oft haben wir über das Thema nicht schon diskutiert. Das Kernproblem ist ja das eigene Landeskuratorium.

Lassen Sie mich aber zunächst einmal feststellen, daß die Staatsregierung die Arbeit der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und ihrer Anbauverbände stets anerkannt hat. Diese Arbeit wird auch dadurch anerkannt und dokumentiert, daß die Fördermittel für die Arbeitsgemeinschaften im ökologischen Landbau von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Herr Kollege Ritzer, ich zeige Ihnen gern eine Synopse, in der dargestellt ist, wie alle anderen Länder fördern. Tatsache ist, daß Bayern bei der Förderung mit Abstand an der Spitze aller Bundesländer steht.

(Beifall bei der CSU)

Allerdings muß ich dazusagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß die Staatsregierung bei ihrer Wertschätzung des ökologischen Landbaues immer auch vom Grundsatz der Gleichbehandlung auch anders wirtschaftender Betriebe ausgegangen ist. So wird seit 1978 die Arbeitsgemeinschaft der Landbauverbände - AGL - gefördert und unterstützt. Im Jahr

1991 wurden hierfür immerhin 560 000 DM ausgegeben.

In der Landwirtschaftsverwaltung berät ein Sachgebiet an der Landesanstalt für Bodenkultur und Pflanzenbau ökologisch wirtschaftende Betriebe in Bayern. Es beschäftigt sich ausschließlich mit Fragen des ökologischen Landbaus. An allen 68 Landwirtschaftsämtern Bayerns haben wir Beauftragte für ökologischen Landbau und in allen Regierungsbezirken Spezialberater für ökologischen Landbau. Wenn Sie diese Zahl der Berater auf die rund 2000 Betriebe umrechnen, sind alle anderen Betriebe in der Beratung schlechtergestellt als die ökologisch wirtschaftenden Betriebe.

Mein Vorgänger Simon Nüssel hat 1988 als einmalige Einrichtung in Deutschland und Europa die Staatliche Technikerschule für Landbau mit der Fachrichtung Ökologischer Landbau in Landshut-Schönbrunn errichtet. Es gibt nirgendwo sonst eine solche Einrichtung.

Im Rahmen des Extensivierungsprogramms werden zur Zeit rund 1200 Umstellungsbetriebe mit einer Gesamtprämie von 8,08 Millionen DM gefördert.

Für fünf Pilotprojekte im Vermarktungsbereich wurden neben 1,5 Millionen DM EG-Mitteln 618 000 DM Landesmittel zur Verfügung gestellt. Damit fördern wir spezielle Brotsorten, Rindfleisch aus ökologisch wirtschaftenden Weidebetrieben, Käse, der von Milch aus extensiver Weidehaltung hergestellt wird, und Frischfleisch aus naturgemäßem Landbau.

Wir geben für zwei Forschungsvorhaben zu einer Untersuchung über die Entwicklung des Marktes für Erzeugnisse des extensiven Landbaus und für eine Untersuchung der Lebensmittelversorgung mit Ur- und Verarbeitungsprodukten des ökologischen Landbaus im Ballungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach seit 1990 35 000 DM aus. Für Markenprogramme im Bereich des ökologischen Landbaus - das sind Braugerste aus der Oberpfalz, Hopfen, Weizen, Gewürze und Fleisch - stehen zur Zeit eine Million DM mit mehrjähriger Laufzeit zur Verfügung. Zur Förderung der Vermarktung erhalten die Zusammenschlüsse von Ökobetrieben in den ersten fünf Jahren degressiv jeweils fünf Prozent, fünf Prozent, drei Prozent, drei Prozent und nochmals drei Prozent ihrer Verkaufserlöse. Zusätzlich zur Förderung aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe haben wir eine Anschubfinanzierung aus Landesmitteln für die ersten zwei Jahre eingeführt. Sie beträgt 60 Prozent der Kosten eines Geschäftsführers. Diese Förderung wird bereits in Anspruch genommen in Unterfranken, Oberfranken, Niederbayern und der Oberpfalz.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Starzmann?

Staatsminister Maurer: Nein, ich möchte das gerne weiterführen und bitte dafür um Verständnis.

Auf Anregung der AGL hat das Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten mit der Schaffung eines bayerischen Herkunftzeichens für den ökologischen

(Staatsminister Maurer)

Landbau begonnen. Unter Einbindung aller am ökologischen Landbau beteiligten Kreise wurden bereits die Zeichensatzung, die besonderen Vergabebedingungen, der Musterlizenzvertrag und ein eigenes Signet entwickelt. Die letzten Ausarbeitungen, die wir hierzu gemacht haben, sind im Mai den Verbänden zur Stellungnahme zugegangen. Das ist in Übereinstimmung mit diesen Verbänden erfolgt. Die vorgesehenen Qualitäts- und Prüfbestimmungen werden der EWG-Verordnung Nummer 2092 vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und der entsprechenden Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel sowie den Rahmenrichtlinien der AGÖ entsprechen.

Schließlich ist im Rahmen der Zusammenführung von Extensivierungs- und Kulturlandschaftsprogramm geplant, alle ökologisch wirtschaftenden Betriebe und nicht nur die Umstellungsbetriebe zu fördern. Dafür ist ein Fördervolumen für ökologisch wirtschaftende Betriebe von jährlich 12 bis 14 Millionen DM zu erwarten.

Zusammenfassend darf ich feststellen, daß die aufgezeigten Fördermaßnahmen der in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zum Ausdruck gebrachten verstärkten Förderung des ökologischen Landbaus entsprechen; ich wage sogar zu sagen: in überproportionalem Maße. Wir liegen in der Förderung des ökologischen Landbaus an der Spitze aller Bundesländer.

Herr Kollege Starzmann, wenn Sie dazu noch Fragen haben, dann bitte jetzt!

Starzmann (SPD): Herr Staatsminister, ich möchte Sie fragen, ob Sie mir erklären können, warum Sie anfangs gar nicht so sehr dagegen waren, die CSU aber dann doch dagegen war, daß dieses viele Geld, von dem Sie uns eben berichtet haben, effektiver durch ein eigenes Landeskuratorium eingesetzt wird?

Staatsminister Maurer: Herr Kollege Starzmann, ich komme im zweiten Teil noch auf ein eigenes LKÖ. Ich bin nicht sicher, ob ein eigenes LKÖ, wie man es sich vorstellt, diese Mittel effektiver eingesetzt hätte, als sie jetzt eingesetzt werden.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich zum Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN noch etwas sagen. Hier werden verschiedene Forderungen aufgestellt. Die erste Forderung heißt, die Ausweitung der Aufgaben des LKP auf die Betreuung der ökologischen Betriebe rückgängig zu machen. Herr Kollege Daxenberger, Sie kennen doch die Rechtslage. Das LKP hat in seiner vereinsautonomen Zuständigkeit seine Satzung geändert, es hat sich für den ökologischen Landbau geöffnet. Die Satzungsänderung erfolgte unabhängig von unserer Entscheidung im Landtag und unabhängig von meiner Meinung oder der Meinung meines Hauses. Nach der Satzung des LKP vom 29. November 1991 bedürfen Satzungsänderungen einer Drei-

viertelmehrheit der Mitglieder und zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Staatsministeriums.

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Daxenberger?

Staatsminister Maurer: Herr Präsident, ich möchte gerne diesen einen Punkt noch zu Ende führen und erst dann Fragen zulassen.

Das Staatsministerium hat der Satzungsänderung, die am 18. Februar 1992 anlässlich einer außerordentlichen LKP-Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit beschlossen worden ist, mit Schreiben vom 3. März 1992 zugestimmt. Ich betone noch einmal, es war die eigene Entscheidung des LKP, diese Satzungsänderung herbeizuführen. Wir mußten nur zustimmen, und wir haben dies mit Schreiben vom 3. März 1992 getan.

Ich sage aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß die Zustimmung nur dann hätte verweigert werden können, wenn die Satzungsänderung gegen das Landwirtschaftsförderungsgesetz verstoßen hätte. Das war nicht der Fall. Eine Einflußnahme auf bestehende Ökoverbände ist damit nicht verbunden gewesen. Im Sinne des Dringlichkeitsantrags wird dadurch die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Verbände des ökologischen Landbaus nicht angetastet.

Ich darf feststellen, daß die Vorgehensweise der LKP legitim ist und weder vom Landtag noch vom Staatsministerium rückgängig gemacht werden kann.

Herr Präsident, wenn Fragen sind, dann bitte!

Erster Vizepräsident Möslein: Herr Kollege Daxenberger, bitte den Knopf drücken!

Daxenberger (DIE GRÜNEN): Herr Minister Maurer, sehen Sie nicht eine offensichtlich glückliche Fügung darin, daß das LKP die Satzung 14 Tage oder drei Wochen nach Beschluß des Ausschusses geändert hat – und das offensichtlich unter Einhaltung der Ladungsfristen? Könnte es nicht sein, daß hier ganz konkret vorsichtig von Seiten des Ministeriums Einfluß in diese Richtung genommen worden ist?

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Herr Staatsminister, ich rege an, daß der Herr Kollege Rosenbauer seine Zwischenfrage gleich anschließt. Bitte, Herr Kollege Rosenbauer, drücken Sie den Knopf!

Rosenbauer Georg (CSU): Herr Staatsminister, stimmen Sie mir zu, daß eine Beanstandung nur dann erfolgen kann, wenn ein Mitglied des LKP die Satzungswidrigkeit der Einladung feststellt?

Staatsminister Maurer: Zu Ihrer Frage, Herr Kollege Rosenbauer: Ja, das ist ganz richtig.

Dann zur ersten Frage von Herrn Kollegen Daxenberger. Das LKP und seine Verantwortlichen – Sie kennen sie ja –, der damalige Vorsitzende, Herr Egle,

(Staatsminister Maurer)

und Herr Dr. S i n z i n g e r, haben die politische Diskussion natürlich verfolgt; sie ist ja nicht hinter verschlossenen Türen, sondern öffentlich geführt worden. So wurde gesagt: Da gibt es die Überlegung, ob nicht die ökologischen Landbauverbände möglicherweise unter unserem Dach untergebracht werden könnten; wir schaffen dafür die satzungsmäßigen Voraussetzungen. – Wir haben das nicht von uns aus betrieben, sondern das LKP hat das verfolgt und dann seinerseits eben so entschieden.

Zum zweiten.

(Frau Abg. Jungfer: Anderthalb Stunden dauert das schon!)

– Ich habe ja gesagt: die unendliche Geschichte, Frau Kollegin.

(Abg. Hiersemann: Wir wissen schon, worum es geht!)

Zur zweiten Forderung im Antrag der GRÜNEN! Es wird gefordert, umgehend dem Landtag über die Vorgänge und die Aktivitäten des Landwirtschaftsministeriums im Zusammenhang mit der Ausweitung der Aktivitäten des LKP und dessen Umbenennung zu berichten. Dazu habe ich gerade bei der Beantwortung der Zwischenfrage des Kollegen Daxenberger schon etwas gesagt.

Drittens wird gefordert, „umgehend für eine eigenständige, unabhängige Vertretung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe im Sinne der Forderungen der Anbauverbände zu sorgen und die finanzielle Förderung dieser Vertretung zu gewährleisten“. Meine Damen und Herren, dazu muß ich noch etwas klarstellen. Der Landtag hat uns mit Beschluß vom 22. Oktober 1991 aufgefordert zu prüfen, ob und wie im Rahmen des bisherigen Landwirtschaftsförderungsgesetzes ein Kuratorium für ökologischen Landbau unter dem Dach eines bestehenden Kuratoriums – bitte, schauen Sie nach, so war der Auftrag – angesiedelt werden könnte. Ferner war zu prüfen, ob und wie die Arbeitsgemeinschaft des ökologischen Landbaues als Selbsthilfeeinrichtung der Land- und Forstwirtschaft auf Landesebene staatlich anerkannt werden kann.

Wir haben am 3. Dezember 1991 dem Landtag den Prüfungsbericht vorgelegt. Sie haben uns damals begrüßenswerte Neutralität bei der Formulierung bestätigt.

(Abg. Hiersemann: Wer war das? –
Gegenruf des Abg. Georg Rosenbauer:
Der Herr Starzmann heute!)

– Es waren, glaube ich, Mitglieder Ihrer Fraktion, Herr Kollege Hiersemann.

In diesem Bericht wurden die Möglichkeiten für die Schaffung eines eigenständigen Landeskuratoriums für ökologischen Landbau ebenso behandelt wie die Einbindung des ökologischen Landbaues in ein bestehendes Kuratorium. Zur Anerkennung der AGL, der Arbeitsgemeinschaft, als Selbsthilfeeinrichtung der Land- und Forstwirtschaft mußte allerdings, liebe

Kolleginnen und liebe Kollegen, festgestellt werden, daß dieser gewünschte Status nicht zuerkannt werden kann, da Verbände – das war ja der Wunsch – nicht gleichzeitig Erzeugerringe im Sinne des LwFÖG sein können. Der Herr Kollege Rosenbauer hat dankenswerterweise nachdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Vermarktungstätigkeit nach dem LwFÖG auch nicht förderfähig ist – das ist anderswo ja auch nicht der Fall – und daß eine Unterstellung unter die staatliche Rechnungsprüfung erforderlich ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die erforderlichen Voraussetzungen liegen nicht vor.

Frau Kollegin Bock, nachdem Sie heute in Ihrem Beitrag zu Anfang gesagt haben, da habe irgend jemand Angst vor einem eigenständigen Kuratorium, muß ich Ihnen sagen: Die Verbände haben ihrerseits bisher nicht die Voraussetzungen für ein solches Kuratorium erfüllt. Da wird immer irgendwo eine Schuld zugewiesen. Die Verbände haben bisher die Voraussetzungen nicht erfüllt. Ich habe immer, auch im Vorfeld dieser Diskussion, gesagt: Die ökologischen Landbauverbände werden nicht schlechter, aber sie können auch nicht besser behandelt werden als die anderen Verbände.

Meine Damen und Herren! Ich will noch darauf hinweisen, daß die Öffnung des LKP für den ökologischen Landbau durch die Satzungsänderung in Praktikerkreisen des ökologischen Landbaues durchaus auch auf Interesse stößt. Es liegen bei uns Anfragen zur Gründung von entsprechenden Erzeugerringen vor.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Unser Haus hat im Zusammenhang mit dem ökologischen Landbau bisher nichts anderes getan, als den Beschlüssen des Landtags in vollem Umfang, wie ich meine, Rechnung getragen.

(Sehr gut! bei der CSU)

Daraus solche Vorwürfe zu konstruieren, wie Sie, Herr Kollege Daxenberger, es getan haben,

(Abg. Diethel: Ist ungeheuerlich!)

ist wirklich nicht gerechtfertigt. Die Vorwürfe sind sachlich nicht zu rechtfertigen und dem ökologischen Landbau nicht dienlich.

(Abg. Georg Rosenbauer: Jawohl!)

Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothmund: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag auf Drucksache 12/2422; das ist Nummer 13 der Liste. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung. Wer für die Annahme des Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Opposition. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund)

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 12/5607, Tagesordnungspunkt 42. Die Ausschüsse empfehlen die Ablehnung auch dieses Antrags. Wer entgegen dieser Empfehlung für die Annahme ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Opposition. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Voten der Ausschüsse zu den übrigen Anträgen liegen Ihnen vor. Hinsichtlich der zustimmenden Kenntnisnahme, die sich auf das Abstimmungsverhalten der eigenen Fraktion in den Ausschüssen bezieht, bitte ich jetzt um Ihr Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag die von den Ausschüssen empfohlenen Voten.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 5:

Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs; hier: Neuwahl des Präsidenten

Der Herr Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 29. März 1992 mitgeteilt, daß mit Ablauf des Monats Juli 1992 der Präsident des Oberlandesgerichts München, Herr Dr. Leo Parsch, in den Ruhestand tritt und damit auch aus dem Amt als Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs ausscheidet. Der Herr Ministerpräsident schlägt als Nachfolgerin die mit Wirkung vom 1. Juli 1992 zur Präsidentin des Oberlandesgerichts München ernannte Ministerialdirigentin im Bayerischen Staatsministerium der Justiz, Frau Hildegunde Holzheid, vor.

Die Wahl des Präsidenten findet ohne Aussprache gemäß Artikel 4 des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof in der Vollversammlung statt. Sie ist in einem Gremium des Landtags vorzuberei-

ten. Dies ist geschehen. Die Richterwahlkommission schlägt Frau Hildegunde Holzheid zur Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu bitte ich, den auf Ihrem Platz aufgelegten Stimmzettel zu benutzen.

Ich bitte einen Schriftführer, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Namensaufruf)

Die Sitzung wird zur Feststellung des Wahlergebnisses unterbrochen.

(Widerspruch und Zuruf: Wo bleibt die Wiederholung des Alphabets?)

– Die Wiederholung des Alphabets ist bei der namentlichen Abstimmung vorgesehen, dagegen nicht beim Wahlakt. Aus dem Tatbestand ist der Schluß zu ziehen, daß sie beim Wahlakt unterbleibt.

Wir unterbrechen die Sitzung zur Feststellung des Wahlergebnisses.

(Frau Abg. Würdinger: Dann müßte langsamer gelesen werden!)

(Unterbrechung der Sitzung: 18 Uhr 27 Minuten)

Wiederaufnahme der Sitzung: 18 Uhr 33 Minuten

Zweiter Vizepräsident Dr. Rothemund: Meine Damen und Herren, die Sitzung wird wiederaufgenommen.

Ich gebe das Wahlergebnis bekannt: Mit Ja stimmten 130 Kolleginnen und Kollegen, eine Nein-Stimme. Elf Stimmzettel wurden leer abgegeben, sie gelten als nicht abgegeben. Damit ist Frau Hildegunde Holzheid zur Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt.

Die Sitzung ist für heute geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 18 Uhr 34 Minuten)

Abstimmung über Anträge, die nicht einzeln beraten werden

1. Antrag der Abgeordneten Leichtle u. a. SPD
Steuerfreie Aufwandspauschale für Vereinsvorsitzende
Drs. 12/1352, 12/1665 (E), 12/1964 (E), 12/5987 (E), 12/6380 (E)
2. Antrag der Abgeordneten Kolo u. a. SPD
Strengere Aufsicht über Altautoverwertungsbetriebe
Drs. 12/3010, 12/5698 (A), 12/6446 (A)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
Drs. 12/5698 – A –
Berichterstatter: **Heinrich**
Mitberichterstatter: **Lerchenmüller**
3. Antrag der Abgeordneten Kolo u. a. SPD
Rahmenbedingungen für recyclinggerechte Auto-
produktion
Drs. 12/3017, 12/5700 (A), 12/6448 (A)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
Drs. 12/5700 – A –
Berichterstatter: **Heinrich**
Mitberichterstatter: **Lerchenmüller**
4. Antrag der Abgeordneten Kobler, Kaiser Gebhard,
Schweiger u. a. CSU
Abfallvermeidung und -wiederverwertung in Kran-
kenhäusern und Arztpraxen
Drs. 12/3838, 12/5715 (E), 12/6352 (E), 12/6452 (E)
5. Antrag der Abgeordneten Kolo u. a. SPD
Ausübung der Kartellaufsicht
Drs. 12/4011, 12/5057 (A), 12/6489 (A)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Wirt-
schaft und Verkehr
Drs. 12/5057 – A –
Berichterstatter: **Dr. Kaiser Heinz**
Mitberichterstatter: **Beck**
6. Antrag der Abgeordneten Dr. Weiß, Falk, Don-
hauser u. a. CSU
Änderung des Stationierungsrechts
Drs. 12/4230, 12/4913 (ENTH), 12/5521 (E), 12/
5910 (E), 12/6555 (E)
7. Antrag der Abgeordneten Leichtle, Heinrich SPD
Behördenverlagerung
Drs. 12/4920, 12/6370 (E), 12/6543 (E)
8. Antrag der Abgeordneten Dr. Schosser, Prof. Dr.
Stockinger, Dr. Müller Helmut CSU
Lehrdeputat der Professoren an Fachhochschulen
Drs. 12/5014, 12/6011 (E), 12/6548 (E)
9. Antrag der Abgeordneten Müller Willi, Dr. Bittl CSU
Anpassung der Richtlinien „Einzelbetriebliches
Förderprogramm“ und „Agrarkredit“
Drs. 12/5197, 12/5974 (G), 12/6562 (G)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für Er-
nährung, Landwirtschaft und Forsten
Drs. 12/5974 – G –
Berichterstatter: **Ranner**
Mitberichterstatter: **Starzmann**
10. Antrag der Abgeordneten Wahnschaffe, Müller
Karl-Heinz u. a. SPD
Änderung des § 122 BSHG
Drs. 12/5596, 12/6368 (E), 12/6561 (E)
11. Antrag der Abgeordneten Glück Alois, Dinglrei-
ter, Breittrainer u. a. CSU
Freigabe des Rasthauses am Chiemsee
Drs. 12/5686, 12/6463 (E)
12. Antrag der Abgeordneten Narnhammer, Rader-
macher u. a. SPD
Rechtsanspruch auf Kindergartenplätze
Drs. 12/2412, 12/4573 (A), 12/5887 (A), 12/6166
(A), 12/6581 (A)

Beschlußempfehlung des Ausschusses für So-
zial-, Gesundheits- und Familienpolitik
Drs. 12/4573 – A –
Berichterstatter: **Schultz**
Mitberichterstatter: **Ponnath**

13. Antrag der Abgeordneten Starzmann u. a. SPD
Ökologischer Landbau
Drs. 12/2422, 12/4517 (A), 12/5107 (A), 12/5526 (A), 12/6199 (A), 12/6578 (A)
Beschlüßempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drs. 12/4517 – A –
Berichterstatter: **Schlieder**
Mitberichterstatter: **Rosenbauer Georg**
14. Antrag der Abgeordneten Kolo u. a. SPD
Einrichtung von Umweltämtern mit eigener Naturschutz-Flächenverwaltung
Drs. 12/3848, 12/5695 (A), 12/5973 (A), 12/6158 (A), 12/6573 (A)
Beschlüßempfehlung des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen
Drs. 12/5695 – A –
Berichterstatter: **Kolo**
Mitberichterstatter: **Neumeier**
15. Antrag der Abgeordneten Müller Karl-Heinz, Haas, Maget u. a. SPD
Ärztliche Fortbildung im Bereich Drogenprävention und -therapie
Drs. 12/4921, 12/5691 (E), 12/6590 (E)
16. Antrag der Abgeordneten Dr. Baumann u. a. SPD
Flächendeckendes Netz von Verbraucherberatungsstellen in Bayern
Drs. 12/4936, 12/5331 (A), 12/5902 (A), 12/6175, 12/6576 (A)
Beschlüßempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Drs. 12/5331 – A –
Berichterstatterin: **Dr. Baumann**
Mitberichterstatterin: **Schweiger**
17. Antrag der Abgeordneten Lödermann, Scheel, Kellner u. a. und Fraktion DIE GRÜNEN
Konzept für eine Erweiterung und Flexibilisierung von Beratungs-, Therapie- und Hilfsangeboten für Drogenabhängige
Drs. 12/4939, 12/5704 (A), 12/6592 (A)
- Beschlúßempfehlung des Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik
Drs. 12/5704 – A –
Berichterstatterin: **Scheel**
Mitberichterstatter: **Lerchenmüller**
18. Antrag der Abgeordneten Irlinger, Max von Hekkel, Eckstein Herbert SPD
Förderung von Erholungsaufenthalten für ukrainische Kinder
Drs. 12/5588, 12/6369 (E), 12/6582 (E)
19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hiersemann, Langenberger, Schimpl u. a. und Fraktion SPD
Gesellschaft für Elektrometallurgie
Drs. 12/6024, 12/6213 (A), 12/6372 (A), 12/6574 (A)
Beschlúßempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr
Drs. 12/6213 – A –
Berichterstatter: **Dr. Kaiser Heinz**
Mitberichterstatter: **Klinger**
20. Antrag der Abgeordneten Glück Alois, Dr. Schosser, Freller u. a. CSU
Gleichwertige Schulabschlüsse
Drs. 12/5674, 12/6599 (G)
Beschlúßempfehlung des Ausschusses für kulturpolitische Fragen
Drs. 12/6599 – G –
Berichterstatterin: **Fischer Anneliese**
Mitberichterstatter: **Dr. Schuhmann Manfred**
21. Antrag der Abgeordneten Donhauser, Prof. Dr. Stockinger, Heckel Dieter u. a. CSU
Mitgliedschaft bayerischer staatlicher wissenschaftlicher Bibliotheken beim Deutschen Bibliotheksverband e.V. (DBV)
Drs. 12/5739, 12/6598 (E)